Die Volkswacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Volkswacht

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen 12—1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition: Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 2537

Nr. 100. | Danzig, den 11. Dezember 1912. | 3 Jahrgang.

Die imperialistische Politik und das internationale Proletariat.

Rede des Genossen Dr. David in der Reichstagssitzung vom 3. Dezember.

In der Tat ist die polnische Frage keineswegs eine nur innere preußische Frage. Das preußische Vorgehen gegen die Polen hat die Stellung Deutschlands zu Oesterreich nicht erleichtert. In dem Punkte stimmen wir mit der Regierung überein, daß der Friede unter allen Umständen aufrecht erhalten werden muß. Wir billigen es auch, daß die Regierung den hetzpatriotischen Forderungen auf Landerwerbungen in Vorderasien entgegengetreten ist. Wir verkennen nicht die schwierige Lage der Regierung. Sie soll das Staatsschiff durch die Scylla der panslawistischen Kriegspartei und durch die Charybdis der österreichischen Kriegspartei hindurchlenken. Wir anerkennen auch, daß die Kundgebung der Regierung in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung wesentlich zur Entspannung der Lage beigetragen hat. Nur ist es zweifelhaft ob die gestrige Rede des Reichskanzlers die gute Wirkung dieser Kundgebung nicht abgeschwächt hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Vor allem aber ist zweifelhaft, ob die Reden der Herren Bassermann und Spahn die Beruhigung, die in Wien bereits eingetreten war, unterstützt haben. Es ist möglich, daß Graf Berchtold eine friedliche Entwicklung wünscht. Aber

es besteht in Wien eine einflußreiche, höfisch-militärische Kriegspartei,

die sich an die Person des Erzherzogs Franz Ferdinand anlehnt und keinen Zweifel darüber gelassen hat, wohin ihr Weg geht. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Man hat dem Vorwärts vorgeworfen, er habe sich zu unrecht gegen die Pläne der Wiener Diplomatie gewandt und damit die Geschäfte Rußlands besorgt. Herr Schulz hat gemeint, daß die Sozialdemokratie damit ganz allein stehe, Das ist nicht richtig. In dieser Frage haben sich die Frankfurter Zeitung und das Berliner Tageblatt sachlich in derselben Weise geäußert, wie der Vorwärts. (Hört, hört! b. d. Soz.) Unsere Haltung stimmt auch ganz überein mit der Haltung unserer österreichischen Parteigenossen, die seit Jahren diese gefährliche Kriegspartei bekämpfen. (Beifall b. d. Soz.) Wir müssen ihr deutlich zu verstehen geben, daß ihre Politik nicht die Politik der Reichsregierung sein kann. Auch wir sind für die Aufrechterhaltung des Bündnisses mit Oesterreich und des Dreibundes. Das Bündnis ist ein ausgesprochenes Defensivbündnis, ohne jede aggressive Tendenz. Herr Spahn meinte gestern, wenn Serbien von Oesterreich angegriffen würde, und Rußland Serbien beispringen würde, wären wir und Italien zum Beistand für Oesterreich verpflichtet. Nein, das wären wir nicht. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Und das ist die einzige Friedensgarantie gegen die österreichische Militärpartei. Die Erklärung des Reichskanzlers geht über den Wortlaut des Bündnisvertrages nicht hinaus, und das ist das bedeutsame an ihr. Aber es handelt sich um den Begriff des Angriffs, ein Angreifen liegt auch vor, wenn man dem Gegner so provokatorisch gegenübertritt, ihn so an die Gurgel greift, daß er sich wehren muß. Deshalb hat unsere Regierung die Pflicht, die österreichische Politik nachzuprüfen. Das erkannte auch Graf Kanitz an, der ebenfalls sagte, wir sind nicht zu willenlosen Trabantendiensten Oesterreich gegenüber verpflichtet. (Graf Kanitz ruft: Sehr richtig!) Es wäre eine Preisgabe der nationalen Selbstständigkeit, wenn wir in einer so wichtigen Frage uns in die Hände der Diplomatie eines anderen Volkes geben wollten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Herr Bassermann sprach von großserbischen Aspirationen. Seien wir doch gerecht, Serbien hat im Frieden von San Stefano unter Zustimmung Rußlands Bosnien und die Herzegowina sowie den Zugang zum Meer bekommen. Damals fiel England Rußland in den Arm, Rußland gab Serbien preis, Bosnien und die Herzegowina wurden Oesterreich ins Depot gegeben, Oesterreich hat das Depot eingesteckt und will Serbien jetzt wieder am Zugang zum Meer hindern. Da soll man es doch nicht so hinstellen, als ob Serbien unvermittelt seine Hände nach dem Himmel ausstreckt. Der Anspruch auf freie Handelsinteressen ist nicht so unberechtigt, wie Herr Bassermann gestern es darstellte. Jedenfalls ist das keine Frage, um derentwillen unsere Truppen marschieren, **um derentwillen die Kulturvölker über einander herfallen dürfen.** (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Vor wenigen Jahren hieß es, der Sandschak ist eine Lebensfrage für Oesterreich, jetzt lacht man in Wien darüber und spricht nur noch vom Schandfak. (Heiterkeit.) Selbst die Tägliche Rundschau, sonst ein führendes Blatt der Kriegshetzer, schreibt, dafür, daß die Serben nicht Durazzo besitzen, in den Krieg zu ziehen, das könnte man unsern Landwehrleuten nur mit Angstschweiß sagen. Dieser Angstschweiß würde wohl auch bei Herrn Bassermann ausbrechen. (Heiterkeit.) Aber die Haltung des Herrn Spahn ist sehr wohl zu verstehen, ist doch die Kriegspartei in Oesterreich zugleich die klerikale Partei, die als Ideal die Errichtung enes dauernden Besitzstandes des katholischen Oesterreich und der katholischen Kirche auf dem Balkan hinstellt.

Hierfür kommt es der Kirche auf einen Weltkrieg nicht an.

Aber es ist eine nationale Forderung, dazu nicht Trabantendienste zu leisten. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Natürlich wollen wir auch die Geschäfte der Panslawisten in Rußland nicht besorgen, wir haben nichts gemein mit dem Raub- und Blutsystem des Zarismus, das mit Blut und Galgen die gesunde Entwicklung hemmt. Gegen Rußland würde auch Bebel noch die Flinte auf den Buckel nehmen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nach dem japanischen Krieg war Rußland aus dem europäischen Kräftespiel fast ausgeschaltet, heute spielt es die dominierende Rolle. Das ist ein Ergebnis der Spannung zwischen den Westmächten. Das erfreulichste Moment der gestrigen Debatte war die Mitteilung des Staatssekretärs, daß

unser Verhältnis zu England ein intimes

geworden ist; mögen unsere Staatsmänner alles aufbieten, daß diese Verständigung eine dauernde wird. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Freundschaft mit England ist unsere beste Handelspolitik. Ein Kulturabkommen zwischen Deutschland und England ist keineswegs eine Utopie, sind doch die Reibungsflächen zwischen Deutschland und England viel geringer als die zwischen Frankreich und England. Ein Kulturbund der Westmächte wäre die sicherste Friedensgarantie, mit ihm würde man auch in der Frage der Abrüstung vorwärts kommen. Der Weg, den Herr Bassermann empfiehlt, führt zu unerträglichem Rüstungsdruck, und ist nationalfeindlich, nationalschädigend. Zerfleischen sich die germanisch-romanischen Völker, so werden den Vorteil die Slawen haben. Der deutsche Staatsmann, der die Verständigung der Kulturvölker als erstrebenswertes Ziel betreibt, wird die Masse des deutschen Volkes, auch die Sozialdemokraten hinter sich haben. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.)

Noch ein Wort über

die deutschen Interessen auf dem Balkan.

Die offene Tür und die Bagdadbahn müssen bei der Neuordnung der Dinge dort erhalten werden. Der neue Zustand ist als Fortschritt zu betrachten für die wirtschaftliche Entwicklung der Balkanvölker, und ich bedaure nur, daß er nicht friedlich herbeigeführt wurde. Aber zusammengebrochen ist in der Türkei ein Junkerregiment, ähnlich dem der Mandschus in China und dem unserigen in Ostelbien. Die Türken sind eine regierende kleine Minderheit, eine Kaste, deren wirtschaftliche Basis großer Grundbesitz und hörige Bauern sind, die ebenso rücksichtslos ausgebeutet wurden, wie bei uns in Ostelbien. Ein großer Teil der ausgequetschten serbischen Bauern wurde zu Bettlern, dann Räubern und zu den heutigen Komitatschis. Innerhalb des Krieges hat sich bei den Türken eine Bauernrevolution vollzogen und das war es, was den Türken das Rückgrat gebrochen hat. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn Deutschland der Türkei wirklich hätte helfen wollen, dann hätte es ihr den Rat geben müssen,

Reformen durchzuführen.

ihre Bauern zu befreien, wie die Bulgaren und Serben es getan haben. Aber dann hätte die preußische Junkerregierung der Türkei ja einen Rat geben müssen, den sie im eigenen Lande nicht befolgt. (Sehr gut! b. d. Soz.) Was Deutschland nach der Türkei verpflanzt hat, war der

„Zeist" unserer „Jarde".

Dieser Geist hat sich im Krieg als außerordentlich verderblich für die Türkei erwiesen. Das alte Vertrauensverhältnis in der türkischen Armee war verschwunden, wir sahen eine Ueberhebung des Offizierkorps über die gemeinen Soldaten und der Zusammenbruch des türkischen Heeres war die Folge. Wir sind also am Zusammenbruch mit schuldig, der im übrigen auf ökonomische Ursachen zurückzuführen ist.

Nun haben wir jetzt den neuen Balkanbund.

Wir können nur wünschen, daß die Verständigung unter den Balkanvölkern dauernd bleiben möge. Ein großes einheitliches Wirtschaftsgebiet auf dem Balkan liegt im Interesse des deutschen Handels. (Zustimmung links.) Gegen die nationalen und religiösen Gegensätze gibt es ein Mittel, das sich glänzend bewährt hat: Lokale und stammliche Selbstverwaltung und Bewegungsfreiheit und eine echt demokratische Grundlage! (Zustimmung b. d. Soz.)

Die Schweiz bietet ein Beispiel,

wie man Menschen der verschiedensten Stämme und Rassen zu einem Staatsgebilde zusammenfassen kann. Der Abg. Graf Kanitz hat Ledebour nicht begriffen, der die Kriegshetze als das Werk kapitalistischer Ausbeuter bezeichnet hat. Graf Kanitz ist sonst ein kluger Mann. Weshalb stellt er sich hier so dumm? Er sieht etwas nicht, was zum Greifen ist. Sieht er nicht die Speisung unserer Kriegspresse durch die Interessentenkreise? Sieht er nicht das Bestreben der Kanonenfabrikanten ihr Absatzgebiet ständig zu vergrößern? Als Folge sehen wir ja auch das

dauernde Steigen ihrer Profite.

Krupp zahlt jetzt schon 12 Prozent Dividende und der französische Krupp gar 16 Prozent. (Hört, hört! b. d. Soz.) Man sieht, das Geschäft bringt noch was ein. Man darf sich allerdings nicht durch nationale Gewissensskrupel beirren lassen. Man muß das Geschäft **international** treiben. Wenn es zum Kriege kommt, dann stehen Kruppsche Kanonen unseren Soldaten gegenüber. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Und wenn der Mann dann sein hundertjähriges Geschäftsjubiläum feiert, dann bekommt er versichert, was für hohe Verdienste er sich ums deutsche Vaterland erworben hat. (Stürmische Heiterkeit b. d. Soz.) Krupp hat dem Reiche wirklich noch nichts geschenkt. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Diese Kriegshetzpresse ist international,

wir haben sie auch in Paris und London. Sie treiben sich gegenseitig den Wind in die Segel, sie arbeiten ineinander, wenn sie auch auf einander schimpfen. (Heiterkeit.) Unerhört ist es, daß diese Presse es wagt, im Namen des Volkes aufzutreten. So hat die Post kürzlich von der grenzenlosen Erbitterung gesprochen, die durch das ganze Volk ohne Ausnahme gehe. (Stürm. Gelächter b. d. Soz.) Das schreibt ein Blatt, dessen freiwillige Abonnenten in einem Eisenbahnwagen Platz haben, das Blatt einer Partei, die nicht einmal so stark in den Reichstag zurückgekehrt ist, daß es zu einer Fraktion reicht. (Abg. Dr. Arendt: Sechs Sozialdemokraten im Landtag.) Aus dem Umstand, daß nur sechs Sozialdemokraten im Abgeordnetenhause sitzen, folgert ausgerechnet Herr Arendt die Schwäche meiner Partei im Preußen. (Heiterkeit b. d. Soz.) Wenn einmal Mordwerkzeuge fabriziert werden müssen, dann soll das Reich es tun und die Millionen nicht privaten Konsorten überlassen. Kriegsprofessoren, die jederzeit bereit sind,

mit der Feder in der Hand für das Vaterland zu sterben

(Heiterkeit), haben eine wissenschaftliche Begründung für den Krieg gegeben: Die Schwachen würden ausgemerzt, und die Tüchtigen blieben leben. Umgekehrt. Der moderne Krieg bringt keine Auswahl der Besten mehr. Er vernichtet vielmehr die Tüchtigen und läßt die Schwachen, die daheim bleiben, leben. Die kräftigsten jungen Männer werden zu Zehntausenden weggefegt. Der Krieg stärkt nicht nur die physische Tüchtigkeit eines Volkes, sondern er schwächt sie. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Und was die sittliche Tüchtigkeit anlangt, kann denn wirklich jemand mit gesunden Sinnen angesichts der Kriegsgreuel auf dem Balkan behaupten, der Krieg habe sittliche Kräfte? Gewiß, Tapferkeit und Tüchtigkeit können dabei eine Rolle spielen, aber

viel größer ist die Verrohung, die einreißt.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Der alte Kant hat schon recht gehabt, als er vor hundert Jahren schrieb: der Krieg macht viel mehr böse Menschen, als er wegnimmt. Wir erklären uns für überzeugte und begeisterte Anhänger der Weltfriedensidee. Anknüpfend an die entstellte Wiedergabe einer Rede Scheidemanns in Paris versucht man, gegen Scheidemann die Anklage auf Landesverrat zu schleudern. Das ist ein Verfahren, zu dessen Charakterisierung jeder parlamentarische Ausdruck fehlt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Scheidemann hat in Paris gesagt, was wir überall gesagt haben, daß die Arbeiter Deutschlands keine Lust haben und nicht wünschen, auf die Arbeiter anderer Länder zu schießen. Daraus kann nur böser Wille eine Aufforderung für unsere Soldaten herauslesen, für den Kriegsfall Befehlen der Vorgesetzten nicht zu gehorchen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Und deshalb hat man Scheidemann hingestellt als Menschen ohne Gefühl für Heimat und Vaterland. (Abg. Scheidemann: Einen ehrlosen Kerl hat man mich genannt!) In Kassel hat Scheidemann im vorigen Jahre eine Rede gehalten über die Frage: Was ist nationale Politik? In dieser Rede hat er ausgeführt, daß für uns „das Vaterland die Heimat ist, an der wir mit Liebe hängen, und das Band, das uns als Glieder einer großen Kulturgemeinschaft umschließt. Im Vaterlande sollten alle Landeskinder nicht nur satt zu essen haben, sondern auch als gleichberechtigte Volksgenossen sich des Vaterlandes und seiner Kultur freuen können." (Bravo! b. d. Soz.) Sie (nach rechts) betätigen Ihre Liebe zum deutschen Volke dadurch, daß Sie ihm die staatsbürgerliche Gleichberechtigung vorenthalten. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Wir bekennen uns zu dem christlichen Ideal des Weltfriedens.

Es haben ja einige Theologen zu beweisen versucht, daß der Krieg sich mit dem Christentum vertrage, und Theologen können ja schließlich alles beweisen. Aber es wird ihnen schwer werden zu beweisen, daß die Religion, die die Nächstenliebe zum Fundament hat, es billigt, daß die Menschen sich mit Massenmordmaschinen massakrieren. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Krieg soll ein Gottesgericht sein.

Das ist die schwerste Gotteslästerung.

Gott ist, nach dem Christentum, liebender Vater, und die Menschen sind seine Kinder. Soll dieser liebende Vater wirklich damit einverstanden sein, daß die Streitigkeiten unter seinen Kindern mit Kruppschen Kanonen ausgetragen werden? Es ist eine Frivolität, diese Dinge mit der christlichen Religion in Zusammenhang zu bringen. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Was wir da sehen, ist der kapitalistische Zersetzungsprozeß der christlichen Religion, das innere Verfaulen der altreligiösen Werte. (Unruhe rechts.) Entweder man ist Christ, dann vertritt man dies Ideal nicht nur Sonntags und in der Kirche, sondern auch in der Praxis des Lebens. Oder man ist es nicht, dann bekenne man das frei. Predigt man aber den Krieg und sagt auf der anderen Seite, man sei ein Christ,

so ist das Heuchelei.

(Lebh. Bravo! b. d. Soz.) Beim Balkankrieg hat man von einem Kreuzzug gegen den Halbmond gesprochen, und keine Protestrufe sind erschallt von den christlichen Kanzeln gegen die drohende Menschenschlächterei. Nur von einer Kanzel ist das Weihnachtsevangelium der christlichen Kirche verkündet worden,

im Baseler Münster.

Das war eine der schönsten Stunden meines Lebens, als die Glocken des Münsters den Zug der internationalen Sozialdemokratie begleiteten, und als die roten Fahnen im Chor der Kirche am Altar sich aufstellten und Orgelklang die Sendboten des Volkes begrüßte. Die Kanzelredner dort waren freilich glaubenslose Menschen und Herr Spahn hat ja gemeint, wenn die Stifter des Münsters darüber zu entscheiden gehabt hätten, hätten sie die Sozialdemokraten nicht hineingelassen. Mag sein, ich kenne die Stifter nicht. Aber wenn der Stifter der christlichen Religion mit zu entscheiden gehabt hätte, er hätte uns seine Stimme gegeben. (Sehr gut! b. d. Soz.) Herr v. Payer hat gemeint, wie man mit solchen Kundgebungen z. B. auf England einwirken wolle. Nun, wenn Sozialdemokraten aus England und Rußland, aus allen Ländern zusammenkommen, gemeinsam die Marschlinie festsetzen, sich gemeinsam überzeugen, daß sie den Frieden wollen, dann ist das ein Weg, auf den allgemeinen Frieden hinzuwirken. (Sehr richtig!) Diese Kundgebungen, hinter denen Millionen stehen, haben eine ganz andere Bedeutung als die Kundgebungen von human denkenden Gelehrten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Und

die sozialistischen Kanzelredner in Basel

hatten mehr Glauben als die, die sich ihres Glaubens rühmen, sie glauben nämlich an die Zukunft der Menschheit. Sie glauben an den Aufstieg zu einer höheren Kultur, zu Zuständen, wo die Gotteskindschaft aller Menschen nicht im Sinne eines religiösen Dogmas, sondern in der allgemeinen Anerkennung und Wertschätzung jedes einzelnen Menschenlebens zur Tatsache besteht. (Bravo! b. d. Soz.) Diesen Glauben pflanzen sie ein in Millionen Herzen aller Länder. 4,5 Millionen Wähler haben wir in Deutschland, d. h. über 20 Millionen der Bevölkerung stehen hinter uns. Multiplizieren Sie die 10 Millionen sozialdemokratischer Wähler auf der Erde in derselben Weise, dann wissen Sie, um was für eine Massenbewegung es sich handelt.

Die Massen hören auf, willenlose gedankenlose Herde zu sein.

Sie hören auch auf, willenlose Instrumente irgendwelcher Kriegsinteressenten zu sein. Keine Diplomatie kann heute einen Krieg gegen den Willen der Völker machen. Daß das Volk auf die Hetzereien nicht mehr hereinfällt, ist das Verdienst der Sozialdemokratie. (Beifall b. d. Soz.) Wenn die Massen einmal ihr Interesse erkannt haben, dann werden sie die Entscheidung über ihr Geschick, über die Frage, ob Krieg, ob Frieden, selbst in die Hand nehmen. Das ist das feste Fundament für die Friedenshoffnung. Aus der Erkenntnis der Ursachen, die heute den Menschen zum Feind des Menschen machen, und aus dem festen Willen, diese Ursachen zu beseitigen durch die Errichtung einer sozial gerechteren Ordnung der Dinge innerhalb der Völker und von Volk zu Volk und nicht im Sinne eines frommen utopischen Wunsches, haben die sozialistischen Kanzelredner das Weihnachtsevangelium in die Welt gerufen:

Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!

(Stürm. Beifall b. d. Soz.)

Die Reden auf dem Sozialistischen Internationalen Kongreß in Basel.

Klara Zetkin

(von lebhaftem Beifall empfangen): Im Namen der **sozialistischen Frauen aller Länder** habe ich folgendes zu erklären: **Wir haben immer in voller Einheit bei der Erreichung unseres Zieles unsere Pflicht, unsere Ehre und unser Glück darin gesehen, Eure Arbeit zu teilen.** Wenn wir aber jemals freudig mitgewirkt haben, so ganz besonders jetzt, wo der schwierige Kreuzzug gegen den Krieg geführt wird. (Beifall.) Wir sind mit Euch mit allem, was wir fühlen, gerade weil wir Mütter sind. Was unsere Aufgabe, unsere Würde ist, ist auch unsere Glückseligkeit, und deshalb wendet sich auch, was in uns lebt, schaudernd ab von der Massenzerstörung, der Massenvernichtung alles dessen, was einst von einer Mutter gehegt worden ist. Wir stellen die Frage: wer ist der Verbrecher, der es auch nur wagt, an dieses Werk des Todes zu denken? Auf dieser Suche nach dem Schuldigen treffen wir schließlich auf den gesellschaftlichen Zusammenhang. Der Krieg ist nichts anderes, als **die Erweiterung und Ausdehnung des schändlichen Massenmordes, den der Kapitalismus zu jeder Stunde unter den Arbeitern und Proletariern anrichtet.** (Stürmischer Beifall.) Das schändliche Verbrechen des Massenmordes der Völker untereinander ist nichts als die verbrecherische und verrückteste Reform der Massenausbeutung des Volkes durch den Kapitalismus. Dagegen wehren wir uns als Frauen und Mütter. Wir denken nicht bloß an die zerschmetterten Leiber unserer Angehörigen, wir denken auch an den **Massenmord der Seelen**, der eine unausbleibliche Folge des Krieges ist. Was wir als Mütter gesät, gehegt und gepflegt haben als das kostbarste Erbe der Kulturnationen, ist das Bewußtsein der Völkerverbrüderung und der internationalen Solidarität. Dieses Ideal wird im Kriege **beschmutzt** und **entwertet**. Dagegen kämpfen wir an und wir brauchen die Hilfe der Frauen in diesem Kampfe gegen den Krieg. (Sehr wahr.)

Wenn wir Mütter unsere Kinder mit dem **tiefsten Abscheu gegen den Krieg erfüllen**, wenn wir von frühester Jugend auf das Bewußtsein der sozialen Brüderlichkeit in die junge Seele pflanzen, dann wird der Tag kommen, an dem auch in der Stunde der schwersten Gefahr **keine Macht mehr imstande sein wird, dieses Ideal aus den Seelen unserer Angehörigen zu reißen oder gar zu vernichten.** Denn unsere Söhne, unsere Kinder sind nicht nur Söhne unseres Leibes, sondern auch Söhne unseres obersten Ideals. Und darum werden sie sich in den Stunden höchster Gefahr ihrer proletarischer und menschlichen Pflichten erinnern. Wenn wir Frauen und Mütter uns gegen den Massenmord erheben, so tun wir es nicht, weil wir unfähig wären, im Interesse unserer Ziele und großen Ideale Opfer zu bringen. Wir sind durch die harte Schule des Lebens gegangen. Wir sind **Kämpferinnen** und haben gelernt, Opfer zu bringen, die schwerer sind als das eigene Blut. Wir wollen dafür sorgen, daß unsere Frauen erfüllt werden von dem Geist der antiken Mütter, die ihren Söhnen den Schild reichten mit den Worten: **Entweder auf ihm oder mit ihm.** Wir wollen dafür sorgen, daß unsere Söhne nicht gezwungen werden können, für falsche Interessen und kulturwidrige Zwecke ins Feld zu ziehen, während sie andererseits bereit sind, ihre ganze Existenz im Freiheitskampf einzusetzen. (Stürmischer Beifall.)

Ihr braucht uns aber nicht bloß, weil wir **Mütter** sind, weil von uns die Zukunft kommt, Ihr **braucht uns auch um unserer Selbst willen**, weil wir ein Teil der **Macht** sind. Das Kapital werden für seine Herrschaft so gewaltige Kräfte auf, daß das Proletariat nur dann erfolgreich sein kann, wenn es auf seiner Seite alle seine Kräfte mobilisiert. Zur **Massenbewegung** im weitesten Umfange gehören aber notwendigerweise auch **die Frauen**. Wir Frauen sind aber **nicht** nur ein Teil der Masse, wir Frauen haben als Frauen geistige und sittliche Kräfte, die die Kulturarbeit der Männer nicht länger missen kann. Erst wenn die große **Mehrheit** der Frauen von der Ueberzeugung durchdrungen ist: Krieg dem Kriege! werden wir den Völkerfrieden erringen, erst dann wird diese Forderung unwiderstehlich in den Mittelpunkt des gesamten proletarischen Befreiungswerkes gerückt werden. Gerade weil in dem Kampfe gegen den Krieg der Zukunftssieg des Sozialismus vorbereitet wird, sind wir Frauen mit glühender Seele dabei. Wir Frauen gerade werden ungeduldig und leidenschaftlich beten: **Sozialismus, Dein Reich komme!** Deshalb begrüßen wir Eure heutige Entscheidung. Wir sind nicht umsonst durch die Schule der Bewegung gegangen. Wir sind dabei, wenn man klug und weise wägt. Wir sind aber auch dabei, wenn man **kühn wagt** und wir werden nicht fehlen, wenn es gilt, **bis zum letzten Atemzuge alles was wir können, für die Sache des Friedens, der Freiheit und des menschlichen Glückes einzusetzen.** Das große Ideal, dem wir dienen, können wir nur verwirklichen, wenn wir des Wortes eingedenk sind:

> Und setzet Ihr nicht das Leben ein,
> Nie wird Euch das Leben gewonnen sein.

(Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Sakasoff-Bulgarien

(mit stürmischem Beifall empfangen): Ich würde meine Pflicht nicht erfüllen, würde ich Sie nicht einen Blick in das Land werfen lassen, das der **Schauplatz der kriegerischen Verbrechen** ist. Aber nicht Eindrücke der Ungeheuerlichkeiten und der Grausamkeiten will ich Ihnen schildern, sondern diejenigen, die für uns besonders wertvoll sind. Man sagt, daß der Krieg bei uns populär und der Enthusiasmus hinreißend gewesen ist. Es ist wahr: der Krieg ist **sehr populär gewesen vor dem Krieg!** Da jubelte man in den Straßen und Versammlungen. Nachher aber waren nur die Szenen auf dem Kriegsschauplatz der Soldaten geblieben. Der Enthusiasmus, der sich auf den Straßen breitmachte, war — das wissen wir gut — **künstlich** und **mehr äußerlich** als innerlich empfunden. Die Frauen, die Greise und die jungen Leute, die dem Heere folgten, waren es in der Sorge um ihre Angehörigen. Bedenken Sie, daß man jetzt in Bulgarien [illegible] bei einer Bevölkerung von 4 Millionen haben 350 000 Mann im Felde und 100 000 verlorene Kriegskräfte bei der Verpflegung, dem Troß und dem Sanitätspersonal. **Da ist der Enthusiasmus rasch geschwunden.** Es ist wahr, daß in der Sobranje der einzige Sozialist bei der Bewilligung der Kriegserklärung [illegible] worden ist. Aber als die Bevölkerung das namenlose Elend sah, **folgte sie dieser Mehrheit nicht.** Wir sahen Frauen und sie zu uns gekommen mit ihren verlassenen Kindern und haben geweint und ihr Leid geklagt. Auch die Frauen von Offizieren und Generalstäblern, die so lange auf den Krieg gewartet haben, [illegible]. Wenn das Volk erst weiß, was der Krieg ist, **ist die Umwandlung der Geister schon vollbracht.** (Lebhafter Beifall.) Eine stehende Armee von 60 000 Mann muß durch 300 000 Soldaten bei uns ergänzt werden, die aus der Reserve kommen. Und das sind es **unsere Arbeiter**, und es **Bauern, Bürger** und sogar **Reserveoffiziere, die den Krieg nicht wollen.** In solchen Zeiten können wir die Antwort beherzigen: **Da sind die Gewehre nicht bei den Herrschenden, sondern bei den Volksfreunden.** (Lebhafter Beifall.) Dieser Kongreß bedeutet einen großen Schritt vorwärts. Zum ersten Male bestimmt die Internationale die auswärtige Politik. Im Namen der bulgarischen **Sozialisten und wohl auch im Namen** unserer serbischen und türkischen Genossen (Beifall) kann ich erklären, daß der prachtvolle **Anblick der proletarischen Internationale uns Balkansozialisten den** Mut gibt, zu Hause, wenn auch dem Siege die **Enttäuschung für** die Demokratie und das **wachsende Elend** kommen wird, noch stärker unsere sozialistischen Forderungen zu betonen. (Lebhafter Beifall.) Trotz aller Schwierigkeiten werden wir keinen Fußbreit weichen, wir werden jeden Tag neues Terrain gewinnen. So wird nach dem gewaltigen Unglück doch nicht alles verloren sein. Wir werden unsere Völker auf der Bahn der Zivilisation und des Sozialismus weiterführen. (Stürmischer Beifall.)

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 5. Dezember.

Etatsreden.

Die Lage der Geschäfte im **Reichstage** wollte es, daß am Donnerstag keine Redner vom Zentrum zu Worte kamen. Infolgedessen war von den **Jesuiten** nur wenig die Rede.

Von den Nationalliberalen sprach Herr **Paasche** im munteren Wortschwall über den Etat. Wenn einer eine Reise tut, so kann er was erzählen. So flocht Herr Paasche denn anmutige Erlebnisse seiner sommerlichen Weltreise in die Zahlen und Wünsche seiner Etatsrede. Die Sozialdemokratie will Herr Paasche auch bekämpfen. Aber nicht durch einen Kampf gegen ihre Ideen, sondern durch Besserung der Verwaltungspraxis und Rechtsprechung, damit nicht wieder Streikurteile möglich werden, die eine Mutter mit ihrem Säugling ins Gefängnis schicken. Solche Urteile treiben nach Herrn Paasches Meinung der Sozialdemokratie die Mitläufer zu. Wenn aber zur Zufriedenheit der Menschen regiert und verwaltet wird, wird es keine Unzufriedenen mehr geben, und die Sozialdemokratie ist am Ende ihres Lateins. Hoffentlich hat Herr Paasche mit dieser Art Sozialistenbekämpfung vielen Erfolg. Wir besitzen sogar soviel Todesverachtung und Selbstverleugnung, daß wir ihm dabei helfen, wenn er schlechte Verwaltungspraktiken, mangelhafte Regierungskünste und Klassenjustiz beseitigen will. Wir fürchten nur, wir werden Herrn Paas[che] nie finden, wenn es sich ernsthaft um solche Aufgaben handelt.

Eine umfangreiche Rede hielt Herr **Wiemer** für die Fortschrittliche Volkspartei. Von Anfang bis Ende, am rechten und unrechten Orte, durchzitterte sie das schwellende Pathos des aufrechten liberalen Bezirksvereinspolitikers. Zu besonderer Kraft erhob sich sein Brustton der Ueberzeugung, als er sich gegen den Klassenkampf und die Methoden der modernen Arbeiterbewegung wandte. Er empfahl dafür den Reichsverband liberaler Arbeiter. Die überwältigenden Erfolge der Hirsch-Dunckerschen Bewegung werden dafür sorgen, daß die Bäume der liberalen Arbeiterpolitik bis hoch in den Himmel hinein wachsen!

Herr **Arendt** von der freikonservativen Fraktion, die keine eigentliche Fraktion ist, ging schnell viele Stufen tiefer hinab. Er will nicht einmal die Harmoniedudelei des Freisinns, er will die gelben Gewerkschaften von Unternehmers Gnaden. Und um diese Lieblinge der Scharfmacher zu schützen, machte er, wie immer, scharf gegen das Koalitionsrecht und die modernen Gewerkschaften.

Der Pole **Senda** pfefferte der Regierung eine kurze aber saftige Verwahrung wegen ihrer Ostmarkenpolitik ins Gesicht; in der Jesuitenfrage sind die Polen mit dem Zentrum ein Herz und eine Seele.

Eine spaßige neue Note brachte der „Deutsch-Hannoveraner" **Alpers** in die Debatte, in der er in wohlausgedachter Rede das Programm der Welfen auseinandersetzte. Das Haus hörte den sonderbaren Schwärmer, der die Wiederherstellung des Königreichs Hannover verlangte, an manchen Stellen mit interessiertem Lächeln zu. Raum für alle hat der Reichstag, auch für solche Käuze.

Der Stimme aus der deutschen Vergangenheit folgte die Stimme der deutschen Zukunft. Genosse **Lensch** deckte in straffer Konzentration auf das Wesentliche und mit markigen Sätzen die treibenden Kräfte der wirtschaftlichen Entwickelung auf und erklärte daraus die Geschäftspolitik der herrschenden Oberschicht und ihr Widerspiel, die Massenpolitik des Proletariats. Mit zwingender Logik wies er nach, daß der von den Hurra- und Prozentpatrioten so viel geschmähte Klassenkampf durch seinen siegreichen Ausgang überhaupt erst eine einheitliche Nation und Kulturgemeinschaft schafft, und dadurch das **Volk wahrhaft** in den Stand setze, seine Geschicke in die Hand zu nehmen. Die heutige Wirtschaftspolitik, die in Wirklichkeit eine Raubpolitik ist, führt zu den großen sozialen Erschütterungen, von denen wir die ersten Anfänge jetzt erleben. Aber die klassenbewußten Arbeiter aller Länder stehen diesen Umwälzungen nicht mehr wie einst als willenlose Objekte der Gesetzgebung und herrschenden Klassen gegenüber, sondern in bewußter und gewollter Anteilnahme. Und sie werden alles daran setzen, auf daß die Entwickelung der neuesten Geschichte den Weg einschlägt, der in die weiten und freien Gefilde der sozialistischen Gesellschaftsordnung führt.

Sitzung vom 6. Dezember.

Den Anfang der **Freitagsitzung des Reichstages** bildeten kleine Anfragen. Es war etwas viel des Guten, was die Regierung alles beantworten sollte. Sechs Fragen standen auf der Tagesordnung, von denen einige noch in mehrere Unterfragen zerfielen.

Auf drei sozialdemokratische Anfragen antwortete der Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück. Eine Frage nach reichsgesetzlicher Regelung der Uebelstände in Bezug auf die **Verunreinigung der Wasserläufe** beantwortete er mit einer Vertröstung auf die Zukunft. Die Uebelstände in dieser Sache erkennt die Regierung an, Verhandlungen sind eingeleitet, das Resultat ist noch nicht zu übersehen. Eine Anfrage, ob der Reichskanzler bereit sei, aus den Erfahrungen der verschiedenen Staaten Europas die für die **Weiterverbreitung [illegible] Summen zusammenzustellen**, betrachtet Herr Delbrück als eine Anregung, die er prüfen will. Dagegen lehnt der Reichskanzler eine dritte sozialdemokratische Anregung, die rückständigen **Verfassungszustände Mecklenburgs** durch Reichsgesetz zu ordnen, ab. Im Deutschen Reich darf jeder Bundesstaat so rückständig sein wie er will. Was sollte sonst aus Preußen werden! Auch eine Anfrage aus Zentrumskreisen nach **reichsgesetzlicher Regelung des Bergrechts** beantwortete Herr Delbrück schroff ablehnend. Für unitaristische Bestrebungen ist zurzeit in Deutschland kein Boden vorhanden!

Nachdem wurde die Debatte zum Etat fortgesetzt. Als erster Redner erhob sich der Abgeordnete **Gröber** vom Zentrum, um in einer [illegible] Rede das schwarze Zentrum rein zu waschen.

Aus der peinlichen Situation, in die das Zentrum durch seinen [illegible] Verrat von Volksinteressen in der Teuerungs- und [illegible] und durch die Gewerkschaftsangriffe des Papstes geraten ist, sollte es durch die Rede Gröbers über das angebliche [illegible], namentlich gegen die Jesuiten, befreit werden. Über diese Stimmungs- und Bedrohungsmanöver, die ja von vornherein nicht für die Wähler auf den Wähler- und Abgeordnetenbänken, sondern für die frommen Leser der Zentrumspresse berechnet war, wurde schon scharf und schneidend von dem Redner der Sozialdemokratie aufgenommen und damit unmöglich gemacht. Das Zentrum, das sich in der Rolle des Anklägers gefiel, um von seinen eigenen Sünden abzulenken, fand sich selbst plötzlich wegen viel [illegible] auf der Anklagebank.

Das Zentrum suchte sich am Freitag dadurch schadlos zu halten, daß es am Donnerstag nicht zu Wort gekommen ist, und daß ihm die übrigen Parteien nicht den Gefallen getan haben, mehr als einige beiläufige Worte über die Jesuiten zu sagen.

Das Kennzeichen auch dieser Etatsrede des Zentrums war wie in der Spahnschen Rede das völlige Verzichtleisten auf jede noch so harmlose Bemerkung zum Etat selbst. Herr Gröber fühlte zwar zu Anfang die Verpflichtung, die Vorwürfe zu entkräften, die gegen die sonderbare Etatsrede Spahns erhoben worden waren, und die er von vornherein auch für seine Rede fürchtete: das Zentrum betrachte die Jesuitenfrage nicht als den Eckstein seiner Politik, es habe auch bei der Debatte über die auswärtigen Angelegenheiten und über die Balkanfrage nicht über die Jesuiten gesprochen. Gewiß! Das hatte es wirklich nicht getan. Auch bei den Debatten über die Fleischteuerung hatte es nicht über die Jesuiten gesprochen.

Was ist mit der faulen Ausrede des Herrn Gröber bewiesen? Gar nichts! Es steht fest — und das hat Genosse **Liebknecht** den Herren vom Zentrum unter stürmischer Zustimmung unserer Fraktion und vieler nicht sozialdemokratischer Abgeordneter kräftig und derbe unter die Nase gerieben —, daß für das Zentrum alle anderen Interessen des Volkes, die wichtigsten politischen, sozialen und kulturellen Aufgaben des Deutschen Reiches, kühl beiseite geschoben und über die Achsel angesehen werden, sobald es sich um die besonderen klerikalen Interessen des Zentrums handelt. Dieser angeblichen Volkspartei bedeuten die Nöte des deutschen Volkes, das Elend der deutschen Arbeiterklasse einen Pfifferling, sobald es sich um die **Interessen Roms** handelt.

Nach einem Rededuell zwischen unserem Genossen **Liebknecht** und dem Abgeordneten **Giesberts** (Zentrum), in dem letzterer sehr schlecht abschnitt, indem ihm Genosse **Liebknecht** nachwies, daß er auf der Generalversammlung der christlichen Metallarbeiter den Bischöfen vorgeworfen hatte, daß dieselben ihre Pfeile meuchlings aus dem Hinterhalte gegen die christlichen Gewerkschaften abschleudern. Abgeordneter **Giesberts** versuchte die Aeußerung harmlos hinzustellen und sagte, er habe damit nur die Agitationsmethode der Gegner der Gewerkschaften kennzeichnen wollen. Der Reichstag glaubte aber Herrn Giesberts nicht, denn derselbe wurde von allen Seiten ausgelacht, als er seine Worte drehen und deuteln wollte. Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr, wo die erste Lesung über das Petroleummonopol stattfindet.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Politische Übersicht.

Der Dreibund erneuert.

Das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet folgende amtliche Meldung:

Der zwischen den Souveränen und den Regierungen von Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien bestehende Bundesvertrag ist ohne jede Aenderung erneuert worden.

Der Dreibund, das zur Aufrechterhaltung des Friedens in Europa geschlossene Bündnis zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien, entstand zuerst als Zweibund zwischen Deutschland und Oesterreich am 7. Oktober 1879. Italien trat 1883 bei und erneuerte den Vertrag in bestimmterer Form am 13. März 1887. Der Dreibund hat bisher den Zweck seiner Gründung erfüllt, trotzdem zwischen Oesterreich und Italien gewisse Reibungsflächen bestehen und Frankreich sich mehrfach, insbesondere während der Marokkokrise, bemüht hat, Italien dem Dreibund zu entfremden. Die jüngsten Ereignisse haben zur Erneuerung des Dreibundes geführt. Die drei Mächte werden sich auch fernerhin beistehen in guten und bösen Zeiten.

Die Friedensverhandlungen im St.-James-Palast.

London. Wie das Reutersche Bureau erfährt, werden die Sitzungen der Londoner **Friedenskonferenz** im **St.-James-Palast** abgehalten werden.

Der St.-James-Palast, in dem die Friedenskonferenz tagen soll, kann auf ein ehrwürdiges Alter zurückblicken. In diesem Palast hat Heinrich der Siebente von England residiert, als ein großer Teil des Baues noch zu vollenden war. Später hat man den mächtigen Bau fertiggestellt, ohne sich dem ursprünglichen Baustil anzupassen, so daß von besonderen architektonischen Reizen des St.-James-Palastes nicht gut zu sprechen ist. Königin Viktoria hat den Palast zu wichtigen Hofzeremonien benutzt; König **Georg** hat den benachbarten Buckinghampalast zum alleinigen Londoner Aufenthalt erwählt. Der St.-James-Palast enthält eine große Menge kostbarer Schmuckstücke, Gemälde und anderen Mobiliars. Dicht neben dem Palast erhebt sich das Marlborough House, die Residenz des jeweiligen Prinzen von Wales.

Die bulgarischen Friedensdelegierten.

Sofia. Der **Ministerrat** hat zu bulgarischen Delegierten für die Londoner Friedensverhandlungen den Präsidenten der Sobranje, **Danew**, den Londoner Gesandten **Madscharow** und den früheren Gesandten in Petersburg, General **Paprikow**, ferner zum Sekretär Professor **Popowitsch** ernannt. **Danew** hat bereits Sonntag seine Reise nach London angetreten. Er ist mit einer gewissen **politischen Mission** betraut. Auf seinem Wege wird er sich kurze Zeit in Bukarest, Wien, **Berlin** und Paris aufhalten. Die anderen Delegierten reisten am Montag ab. — Die Eisenbahnverbindungen in den eroberten Gebieten sind wieder hergestellt. Am 7. Dezember traf der gefangene türkische General **Jawer Pascha** mit neun Offizieren hier ein. Sie wurden sämtlich im Hotel Boulevard untergebracht. Es werden noch zwanzig gefangene türkische Offiziere erwartet.

Die serbischen Friedensdelegierten.

Belgrad. Die von **Serbien** für die Friedensverhandlungen in London bestimmten Delegierten sind: Der frühere Ministerpräsident **Nowakowitsch**, der Präsident der Skuptschina **Nikolitsch** und der serbische Gesandte in Paris Dr. **Wesnitsch**. Von Militärs sind ihnen General **Bojowitsch** und Oberstleutnant **Pawlowitsch** beigegeben.

Deutschland.

Jugendgerichte.

Die Regierung hat aus der Strafprozeßreform, die im vorigen Jahre gescheitert ist, die Bestimmungen über das Verfahren gegen Jugendliche herausgenommen und sie dem Reichstage in Form einer besonderen Vorlage zugehen lassen. Nach dieser Vorlage werden für Strafsachen gegen Jugendliche bei den Amtsgerichten besondere Abteilungen gebildet. Zu Schöffen sind in der Hauptsache Personen heranzuziehen, die in der Jugenderziehung besondere Erfahrungen haben. Auch **Volksschullehrer**, die sonst nicht zu Schöffen berufen werden sollen, dürfen zu Jugendschöffen berufen werden. Gegen einen Jugendlichen soll eine öffentliche Klage **nicht** erhoben werden, wenn Erziehungs- und Besserungsmaßregeln einer Bestrafung vorzuziehen sind. Wenn letzteres zutrifft, dann kann das Gericht auch ein Verfahren, das gegen einen Jugendlichen schwebt, **einstellen**. Wenn die Eröffnung des Hauptverfahren gegen einen Jugendlichen vor der Strafkammer beantragt ist, oder sobald eine Voruntersuchung eröffnet ist, muß den Jugendlichen von Amts wegen ein Verteidiger gestellt werden. Für Jugendliche, die keinen Verteidiger haben, **soll ein Beistand** zur Hauptverhandlung zugezogen werden, und **zwar können hierzu auch Frauen gewählt werden.** Von der Ver-

hängung der Untersuchungshaft gegen Jugendliche soll abgesehen werden; für den Fall, daß eine Festnahme notwendig ist, soll die vorläufige Unterbringung in eine Erziehungsanstalt erfolgen. Hauptverhandlungen gegen Jugendliche sollen von anderen derart gesondert werden, daß eine Berührung mit erwachsenen Angeklagten vermieden wird. Außerdem hat das Gericht die Befugnis, für die Verhandlung gegen einen Jugendlichen die Oeffentlichkeit ganz oder teilweise auszuschließen.

Der Entwurf deckt sich mit den Bestimmungen, die bereits in der gescheiterten Strafprozeßnovelle enthalten sind und dürfte, natürlich etwas abgeändert, auch im Reichstage eine Mehrheit finden.

Eine Kritik deutscher Rechtspraxis.

Die Berufungsstrafkammer zu Brandenburg hat am Montag ein sehr bemerkenswertes und sehr vernünftiges Urteil gefällt, das in scharfem Gegensatz zu einer Praxis steht, die seit Jahren grassiert, in der deutschen Justiz grassiert, trotz aller schwerwiegenden juristischen Gründe, die gegen sie sprechen. Seit Jahren war es nicht mehr möglich, in der Presse und in der Oeffentlichkeit überhaupt den sattsam bekannten Reichsverband gegen die Sozialdemokratie derb zu charakterisieren, so, wie dieses Ergebnis der politischen Entartung des deutschen Bürgertums es hundertmal verdient hat. Denn wenn nur irgendwo ein hartes Wort über die unsagbar niedrige Kampfesweise dieses Vereins laut wurde, flugs liefen die Vorstandsmitglieder zum Kadi, erklärten sich für beleidigt und erzielten auch wirklich Verurteilungen, indem die Richter die Deduktion, daß alles, was den Reichsverband treffe, auch die Vorstandsmitglieder trifft. Das ist zu einem förmlichen Ausnahmerecht für den Reichsverband geworden, denn kein Richter hätte je daran gedacht, etwa die zahllosen Beschimpfungen, die Tag für Tag von „staatserhaltender" Seite gegen die Sozialdemokratie verübt werden, für Beleidigungen des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei zu erachten und zu bestrafen. Diese Praxis widerspricht auch der Rechtsprechung, wie sie vor dem Auftreten des Reichsverbandes geübt wurde. Aber es hat nicht gehindert, daß sie sich mit der Schnelligkeit einer Seuche über Deutschland verbreitete.

Jetzt hat das Brandenburger Gericht endlich dem Recht und dem gesunden Verstande wieder zum Durchbruch verholfen. Der Prozeß richtete sich gegen den Genossen Baron von der Brandenburger Zeitung. Vor dem Schöffengericht hatte die Verhandlung mit einer gründlichen Verurteilung der bekannten Kampfesmethode des Reichsverbandes geendet. Aber trotzdem wurde wegen formaler Beleidigung des Reichsverbands und angeblich der Vorstandsmitglieder des Reichsverbandes auf 50 Mark Geldstrafe erkannt. Beide Parteien hatten Berufung eingelegt. In der Verhandlung vor der Strafkammer wurde auf Anregung des Vorsitzenden eine sehr eingehende Debatte über die prinzipiell wichtige Frage herbeigeführt, ob die als Kläger auftretenden Vorstandsmitglieder des Reichsverbands, mit Herrn v. Liebert an der Spitze, überhaupt die zur Führung des Prozesses notwendige Aktivlegitimation besäßen. Der Vorsitzende gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß die die Kläger angeblich beleidigende Aeußerung lediglich die Tätigkeit des Reichsverbands betreffe. Es liege also keine Beleidigung der Vorstandsmitglieder vor. Der Vertreter des Reichsverbands, der liberale Rechtsanwalt Dr. Cohn aus Dessau, war mit dieser Deduktion nicht einverstanden. Die Vorstandsmitglieder seien beleidigt worden, denn sie seien für die Kampfesmethode des Reichsverbands die moralisch Verantwortlichen, nicht die Agenten, die nur als willenlose Werkzeuge (!) ihrer Auftraggeber in Betracht kämen. Wer sich daher über die Kampfesmethode des Reichsverbands abfällig ausspreche, wie das in dem unter Anklage gestellten satirischen Angriff der Fall sei, beleidige den Vorstand. Die Brandenburger Strafkammer stellte sich jedoch mit dem Verteidiger des Angeklagten, Genossen Heine, auf den Standpunkt, daß der Angriff auf den Reichsverband in keiner Weise die Beleidigung eines einzelnen Vorstandsmitgliedes bedeute. Die Satire richte sich nicht gegen Personen, sondern gegen eine politische Kampfesmethode. Dem klägerischen Vorstande des Reichsverbands mangele daher die Aktivlegitimation. Das Schöffengerichtsurteil wurde nach kurzer Beratung von der Brandenburger Strafkammer aufgehoben, das Verfahren eingestellt und die Kosten den Privatklägern zur Last gelegt.

Das ist eine artige Dusche für den Reichsverband, den seine bisherigen Erfolge im Gerichtssaal schon zu der Ansicht gebracht hatten, er dürfe überhaupt nicht mehr angegriffen werden, während er das Recht habe, die Sozialdemokratie nach allen Regeln der Kunst zu beschimpfen. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß die Berufungsstrafkammer zu Brandenburg nur ein deutsches Gericht unter vielen ist und daß die Revisionsinstanz noch zu sprechen hat. Bestätigt sie das Urteil, so ist noch lange nicht gesagt, daß es ebenso schnell und allgemein Nachfolge finden wird, wie vor Jahren jenes, das sich die reichsverbändlerische Anschauung zu eigen machte, jedes kräftige oder satirische Wort gegen den Verband trete der empfindlichen Ehre der v. Liebert und Kollegen zu nahe. Indes auch dann wird das Brandenburger Urteil seine Bedeutung behalten. Es wird immer wieder zum Vergleich mit der Rechtspraxis herausfordern, die dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie eine Ausnahmestellung einräumt, die ihm seine an groben Unfug grenzende Klagetaktik ermöglicht. Und das Ergebnis dieses Vergleichs wird weder dem Reichsverbande noch der Justiz, noch dem Klassenstaat, überhaupt günstig sein. Aber die Sozialdemokratie wird mit ihm zufrieden sein können!

Der Wahlrechtskampf in Reuß j. L.

Am Freitag begann im reußischen Landtag die erste Beratung des neuen durch seine volksfeindliche Tendenz in wenig Tagen berühmt gewordenen reußischen Wahlgesetzentwurfs. Der Wahlrechtsausschuß der Arbeiterschaft proklamierte deshalb für diesen Tag eine **mehrstündige Arbeitsruhe** und berief auf vormittag ½11 Uhr drei große Demonstrationsversammlungen ein. Die Aktion gestaltete sich zu einer gewaltigen Kundgebung des Proletariats und gibt diesem Tag eine geschichtliche Bedeutung, die über die engen Grenzen des reußischen Zwergstaates hinausreicht. Um 10 Uhr vormittags standen, teils mit, teils ohne Einverständnis der Unternehmer **alle größeren Werkstätten und Fabriken still.** In einigen großen Webereien drohten zwar die Fabrikanten mit einer 14tägigen Aussperrung, aber die Drohung blieb wirkungslos.

Die drei Versammlungen waren überfüllt. Große Scharen, die in den Sälen keinen Platz mehr fanden, demonstrierten auf den Straßen. Nach dem Schlusse der Versammlungen zogen die Teilnehmer vor das Landtagsgebäude, in dem der Landtag tagte. Im selben Augenblick, in dem der Staatsminister v. Hinüber, der die Vorlage begründete, die heftigsten Angriffe gegen die Sozialdemokratie richtete, erklangen die ersten Hochrufe auf das gleiche Wahlrecht unter den Fenstern des Landtagsgebäudes. Der Minister erhob die Stimme, um im Saale verstanden zu werden. Immer von neuem brausten die tausendstimmigen Hochrufe in den Saal, und immer neue Massen zogen, Freiheitslieder singend, am Landtagsgebäude vorüber. Der Staatsminister schloß seine von den Rufen der Demonstranten zeitweise übertönte Rede mit den erregten Worten: „Sie hören, was sich draußen vor dem Parlament abspielt! Der Grundsatz, daß der Abgeordnete unbeeinflußt bleiben soll, ist noch nie in der Weise unterbrochen worden wie in diesem Augenblick!"

Im Saale antwortete ihm das Händeklatschen der bürgerlichen Mehrheit. Draußen antwortete der Sozialistenmarsch. Die Kundgebungen unterbrachen die folgenden Reden zweier bürgerlicher Abgeordneter, die die Angriffe auf die Sozialdemokratie in verschärftem Tone fortsetzten.

Die Demonstration dauerte über eine Stunde. Die Massen wogten zwischen dem Landtagsgebäude und dem Marktplatz hin und her. Vorsichtige Schätzungen bemessen die Zahl der Demonstranten auf **10 000 bis 12 000 Menschen.**

Gegen 1 Uhr zerstreuten sich die Demonstranten und gingen wieder an die Maschinen, die der Wille der Arbeiter für einige Stunden hatte still stehen lassen.

Im Landtage gab es übrigens vor dem Eintritt in die Beratung der Wahlgesetzvorlage ein kurzes niedliches Nachspiel. Der geborene Landtagsabgeordnete, der Besitzer des fürstlichen Paradiates zu Köstritz, war auf den Ruf der Regierung im Landtage erschienen, obwohl er noch nicht das durch die Verfassung für die Abgeordneten vorgeschriebene Alter von 25 Jahren besitzt. Die sozialdemokratische Fraktion protestierte dagegen und beantragte, die Anwesenheit des jungen Herrn als unzulässig zu erklären. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Der Staatsminister und die bürgerlichen Abgeordneten erklären einfach, daß diese Bestimmung der Verfassung auf diesen erblichen Landtagssitz nicht anwendbar sei. So blieb also dieser junge Herr auf seinem Sitz, um die bürgerliche Mehrheit bilden zu helfen, ohne die der Wahlrechtsraub undurchführbar wäre, denn sonst würde er an der sozialdemokratischen Fraktion scheitern.

Auch die Geschichte Krähwinkels kann sich zu einem Weltbild erweitern, wenn die modernen Klassengegensätze unverhüllt aufeinanderplatzen. Reuß j. L. ist gegenwärtig ein solches Krähwinkel, in dem sich ein Stück Geschichte abspielt.

Schlagt ihn tot, der Kerl sagt die Wahrheit!

In Stuttgart hat der Gewerbeinspektor Baurat Hardegg einen Vortrag über „Arbeiterschutz und Arbeiterrecht" gehalten, in dem er u. a. folgende unumstößliche Tatsachen festgestellt hat:

„Wer die Vereinigung zum Zwecke ungünstigerer Arbeitsverhältnisse durch Zwang hindere, sei strafbar, ebenso wer einen anderen in Verruf erkläre. Es sei allerdings aus der Praxis festzustellen, daß bisher Arbeitgeber, Aerzte, Ingenieure usw. bei Verrufserklärungen noch nicht bestraft worden seien, wohl aber hätten die Arbeiter wegen des gleichen Deliktes schon schwere Strafen getroffen. Desgleichen sei auch noch nie etwas bekannt geworden, daß Arbeitgeber, die unter dem Drucke der Entlassung den Austritt eines Arbeiters aus seiner gewerkschaftlichen Organisation fordern, in Strafe verfallen seien, dagegen seien schon recht empfindliche Strafen gegen Arbeiter ausgesprochen worden, die z. B. bei Streiks selbst in dem unter der Arbeiterschaft üblichen Tone einen Arbeitswilligen zum Verlassen der Arbeit gedrängt hätten."

Deswegen fällt nun die ganze kapitalistische reaktionäre Meute wütend über ihn her. So schimpft u. a. die junkerliche „Kreuzzeitung":

„Dieser Gewerbeinspektor scheint die ihm übertragene Aufgabe gründlich zu verkennen. Es ist ihm ausdrücklich zur Pflicht gemacht, zwischen Unternehmern und Arbeitern vermittelnd tätig zu sein und sich das Vertrauen beider Teile zu erwerben. Wir geben zu, daß das nicht immer leicht ist, da die sozialdemokratischen Gewerkschaftler gegen jeden Aufsichtsbeamten Mißtrauen schüren, der auch den Arbeitgebern ihr Recht zubilligt. Aber wenn es auch oft genug vorkommt, daß Gewerbeinspektoren den Arbeitern ostentativ ein größeres Wohlwollen widmen als den Unternehmern, so ist doch eine Aufreizung der Arbeiter gegen die Unternehmer und gegen unsere Rechtsprechung, wie sie von Herrn Hardegg betrieben worden ist, kaum jemals dagewesen. Der württembergische Gewerbeinspektor hat geradezu gesprochen, als sei er im Auftrage eines roten Gewerkschaftsverbandes aufgetreten. Und seine Auslassung wird in der sozialdemokratischen Agitation gegen Staat und Gesellschaft wohl leider nicht ohne Erfolg benutzt werden. Das Auftreten Hardeggs ist vermutlich wieder eine Frucht der liberalen süddeutschen Auffassung von der Sozialdemokratie als einer großartigen Erscheinung. Jedoch ein Gewerbeinspektor mit so einseitigen Auffassungen scheint uns als Vertrauensmann der Arbeitgeber selbst in Württemberg nicht am rechten Platze zu sein."

Also selbst in Württemberg soll dieser unbequeme Gewerbeinspektor von seinem Platze entfernt, gemaßregelt werden. Ueberall in Deutschland soll jeder Beamter „Vertrauensmann der Arbeitgeber" sein. Wer aber gar die Wahrheit zu sagen wagt, der muß unbedingt schleunigst aus dem Staatsdienste entfernt werden. Alles kann der Klassenstaat vertragen, nur nicht, daß man ihm einen Spiegel vorhält.

Der arme verlassene Papst.

Das Katholische Deutschland wettert auf der ersten Seite seiner Nummer vom 1. Dezember über die „Mobilmachung des „Kölner" Zentrums gegen den Stellvertreter Christi". Es wendet sich direkt an den Bischof von Münster mit dem Verlangen, gegen die Dortmunder Tremonia einzuschreiten, denn:

„Es fehlen einem die Worte, um die **unsagbaren Frechheiten** dieses sich katholisch nennenden Blattes gegen den Statthalter Jesu Christi gebührend zu kennzeichnen. **Willst Du, katholisches Volk, solche Giftmischerblätter noch als katholisch ansehen? Hier wird der Papst von dem Notschrei-Lensing abgekanzelt wie ein Kaufmannslehrling, dessen Fähigkeiten dem Chef nicht genügen."**

Die neue Interpretation der Enzyklika hat aber anscheinend das Blatt ganz mutlos gemacht, es sieht den Papst auch von den deutschen Bischöfen verlassen. Es schreibt unter „Letzte Nachrichten" folgendes:

„Auf dem „Christlichen" Kongreß in Essen (26. November), der sich gegen die päpstliche Gewerkschaftsenzyklika richtete, brachte ein Sekretär Stegerwald eine Interpretation der Enzyklika vor, welche alle ihre Wirkungen vernichten muß. Wir gehen traurigen Zeiten entgegen. Das Katholische Deutschland wird immer die Absichten der höchsten Autorität verteidigen. Das heiligste Herz Jesu schütze und bewahre das katholische Deutschland."

Das Katholische Deutschland bleibt auf seinem Spezialgebiet dumm-ehrlich. Es kann absolut nicht kapieren, daß der Episkopat zwar auf krummen, aber sicheren Wegen den christlichen Gewerkschaften das Rückgrat brechen will, nachdem ihm der gerade Weg zu steinig erscheint.

Kleine politische Nachrichten.

Berlin. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beschäftigte sich mit der Wahl des Abg. Becker (Alzey-Bingen). Dr. Becker ist nur mit zwei Stimmen Mehrheit gegen den fortschrittlichen Kandidaten, Pfarrer Korell, gewählt worden. Die Prüfung wurde noch nicht zu Ende geführt, aber es ist wahrscheinlich, daß die Wahl für ungültig erklärt wird, da bereits sieben Stimmen von der Kommission kassiert wurden, weil sie von Wahlunmündigen und Personen, die Armenunterstützungen empfangen, herrühren.

Ein Entwurf eines Wohnungsaufsichtsgesetzes steht nach amtlicher Mitteilung in der Wohnungskommission des Reichstags kurz vor seiner Vollendung im Reichsamt des Innern.

Der amerikanische Tabaktrust. Die Wirtschaftliche Vereinigung richtet an den Reichskanzler die Anfrage, ob er die Maßnahmen gegen das Vordringen des amerikanischen Tabaktrusts zu treffen gedenke, um den deutschen Tabakbau, die Tabakindustrie und den Tabakhandel gegen Schädigungen zu schützen. Die Antwort auf diese Anfrage wird schriftlich erfolgen.

Die reichsgesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse der Angestellten in Rechtsanwaltsbureaus ist schon mehrfach angeregt worden. Sie liegt aber noch in weitem Felde. Zunächst ist eine Statistik aufgestellt worden. Dann sollen die Organisationen der Angestellten gehört werden, ehe sich die zuständige Stelle über weitere Schritte schlüssig macht.

Sozialdemokratische Redner zum Petroleummonopolgesetz. Für die sozialdemokratische Fraktion werden bei der ersten Lesung des Petroleummonopols die Genossen Wurm, Dr. Frank und Henke sprechen.

Noch eine Reichstagsersatzwahl. Der konservative Reichstags- und Landtagsabgeordnete Will, Vertreter des pommerschen Wahlkreises Köslin ist gestorben. Er wurde mit 15 400 gegen 8700 fortschrittliche, 2780 sozialdemokratische, 978 nationalliberale und 451 polnische Stimmen gewählt. Die Fortschrittler rechnen bereits damit, daß dieser Wahlkreis von ihnen erobert werden könne.

Die Ersatzwahl zum Reichstage in Greiz ist auf den 19. Dezember angesetzt. Von sozialdemokratischer Seite kandidiert Cohen-Frankfurt a. M. Die Nationalliberalen haben Stresemann und die Antisemiten Lattmann aufgestellt.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Ein Prozeß gegen Südslawen.

Am 5. Dezember fand in Wien der Prozeß gegen 14 Hochschüler, meist Bosnier und Dalmatiner, wegen Aufreizung, Auflaufs und Majestätsbeleidigung statt. Es handelt sich um die Vorgänge in der inneren Stadt am 24. November, wo die Studenten eine Demonstration für Serbien und gegen Oesterreich veranstaltet hatten. Die Verhandlung wurde geheim geführt. Der Angeklagte Bukvic wurde wegen Majestätsbeleidigung und Aufreizung zu **sechs Monaten schwerem Kerker** verurteilt. Zwölf Angeklagte wurden wegen Aufreizung oder Widersetzlichkeit zu Freiheitsstrafen von einer Woche bis 14 Tagen verurteilt, ein Angeklagter wurde freigesprochen. Mit Ausnahme von Bukvic wurden sämtliche Verurteilten auf freien Fuß gesetzt.

Schweiz.

Der Kaiserbesuch und die Sozialdemokraten.

Bern. Im Nationalrat wurden die Nachtragskredite behandelt, darunter ein Posten, betreffend den Kaiserbesuch. Die Sozialdemokraten beantragten Nichtgenehmigung. Sie erkannten zwar an, daß der deutsche Kaiser aufrichtig bestrebt sei, den Frieden zu wahren. Die Sozialdemokraten haben sich während des Besuches des deutschen Kaisers große Zurückhaltung auferlegt. Der Kredit für die Empfangskosten hätte aber im voraus verlangt werden sollen, und die Aufwendungen hätten das Maß republikanischer Einfachheit überschritten. Bundespräsident Forrer führte demgegenüber aus, die frühere Nachsuchung des Kredits sei untunlich gewesen, da eine Diskussion in den Räten über den Kaiserbesuch, bevor er stattfand, nicht angängig gewesen wäre. Der Kaiserbesuch sei ein sehr erfreuliches Ereignis gewesen und habe den Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland großen Nutzen gebracht. Wir können, sagte der Bundespräsident, mit Genugtuung und Dankbarkeit daran zurückdenken. Der republikanisch-demokratische Charakter des Empfangs ist gewahrt worden. Beim Besuch des Oberhaupts der französischen Republik und des italienischen Königs wurden die gleichen Maßnahmen und Truppenaufgebote vorgesehen. — Der Kredit wurde darauf mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Balkan.

Konstituierung der albanischen Regierung.

Die Beschießung von Valona durch die Griechen hat die Albanier nicht abhalten können, in einer Nationalversammlung eine Regierung einzusetzen und einen Senat zu wählen. In den beiden Körperschaften sind alle Konfessionen Albaniens vertreten. Es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, daß die neue Regierung auch nach dem Abschluß der Londoner Friedensverhandlungen im Amte bleiben wird, denn von italienischer Seite wird heute auf das entschiedenste erklärt, eine Besetzung Albaniens durch irgendeine Macht würde unter keinen Umständen geduldet werden.

Es wurde ein **Senat eingesetzt,** der bis jetzt aus **achtzehn Mitgliedern** besteht. Präsident ist **Zeynel Bei** aus Ipek. Zu **Kommandanten der nationalen Miliz** wurden ernannt: Issa **Bolletinatz** und **Riza Bei.** Sämtliche Wahlen erfolgten in der Nationalversammlung. Das Kabinett setzt sich zusammen aus zwei Katholiken, drei Orthodoxen und fünf Muselmanen. Sämtliche Gewählte sind einflußreiche Persönlichkeiten. Ganz Albanien ist durch sie im Kabinett vertreten.

Belgien.

Die allgemeine Wehrpflicht.

Brüssel. Der Kriegsminister unterbreitete dem Parlament das neue Militärgesetz. Danach wird das Jahreskontingent auf 33 000 Mann gebracht, das bedeutet im Prinzip die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Es wird ferner das Einjährigeninstitut nach deutschem System eingerichtet, und es sollen etwa 2000 Mann jährlich Freiwillige eingestellt werden. Die Linientruppen werden nach dem neuen Gesetz, das schon im Jahre 1913 in Kraft treten soll, auf 150 000 Mann gesteigert. Das Kontingent in Kriegsstärke wird 333 000 Mann betragen. Die Dienstpflicht soll bis zum 33. Lebensjahre, also 13 Jahre, dauern. Die Dienstzeit beträgt nach wie vor 15 Monate.

Kanada.

Drei Dreadnoughts für England.

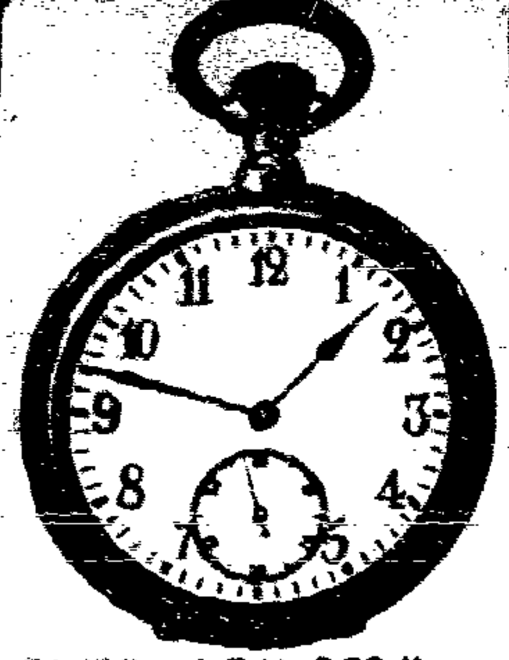
Ottawa. Der kanadische Premierminister legte dem Parlament ein Gesetz vor, das die verwendbaren Seestreitkräfte des britischen Reichs vergrößern soll. Kanada soll England sieben Millionen Pfund Sterling für drei Dreadnoughts geben.

Amerika.

Ueberall Flottenvermehrung.

Der Bericht des Marinesekretärs Meyer an den Kongreß fordert folgende Neubauten: 4 Schlachtschiffe, 2 Schlachtkreuzer, 16 Torpedobootszerstörer, 1 Torpedobootszerstörer-Tender, 2 Transportschiffe, 1 Munitionsschiff, 6 Unterseeboote, 1 Unterseeboots-Tender, 1 Materialschiff, 2 Kanonenboote, 2 Hochseeschleppdampfer, 1 Trockendock, 1 Versuchsdock für Unterseeboote.

Weihnachts-Geschenke.

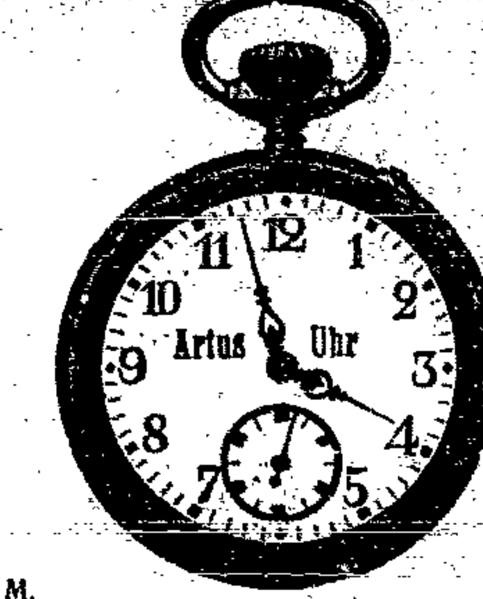


Echt Silber, 6 Rubis **7.50** M.
Dieselbe 10 Rubis **12** M.

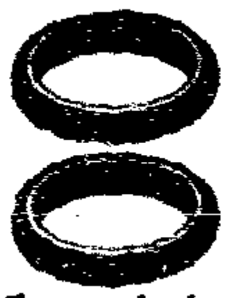
Echt Silber, 6 Rubis **7.50** M.
Dieselbe 10 Rubis **10** M.

Echt Gold von **30** bis **500** Mk.
Dieselbe mit Repetition, viertel- und vollschlagend von **125** M.

Echt Gold, mit schönen Gravierungen **18** M.
Dieselbe 585 gestempelt **24** M.



Artus-Anker-Uhr
15 Rubis, 2 Silberdeckel **20** M.
Dieselbe Doppelkapsel, 3 Silberdeckel **25** M. enorm billig.



Trauringe

neueste Fassons ohne Lötfuge in allen Größen auf Lager, das Paar von **3** bis **70** Mk.

Für jede Uhr mehrjährige Garantie.

Brillantschmuck in feinster Juwelierarbeit.

Ringe, Kolliers, Broschen, Boutons, Medaillons, Armbänder.
Feurige gute Steine. Verkaufe unter Angabe des Gewichtes per Karat.
Beachten Sie bitte meine beiden Schaufenster.

Damen- und Herren-Ketten

Gold-Doublé von **3** bis **15** M. mit Garantie-Plombe.
Echt Gold gesetzlich gestempelt von **25** bis **300** M.
Goldene Erbs- und Panzerketten in allen Stärken mit Gewicht-Angabe.

Freundschaftsringe, Kolliers, Broschen, Boutons, Armbänder, lange Rocknadeln in Gold-Doublé v. 2 M., in massiv Gold bis zu den elegantesten Ausführungen.
Silberne Handtaschen, silberne Börsen, silberne Spazierstöcke, silberne Zigaretten-Etuis in sehr reicher Auswahl. **Freischwinger** und **Regulateure** führe ich Freiburger Fabrikate und leiste für guten Gang derselben 5 Jahre Garantie.

J. Neufeld, Juwelier u. Uhrmachermeister, Goldschmiedegasse 26.

Telephon 2180.

Gegen Vorzeigung dieser Annonce gewähre bis Weihnachten 5 Prozent Rabatt.

Stadt-Theater.

Mittwoch, den 11. Dezember, abends 7½ Uhr.
Außer Abonnement. P. P. E. I.

Lohengrin.

Donnerstag, den 12. Dezember, abends 7½ Uhr. Außer Abonnement.
P. P. A. II. **Der Postillon von Lonjumeau.**
Freitag, den 13. Dezember, abends 7½ Uhr. Außer Abonnement.
P. P. B. II. Novität. Zum 5. Male. **Autoliebchen.**
Ausführliche Theaterprogramme à 10 Pfg. im Theater erhältlich.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt

6. Bezirk (Stadtgebiet)

am Mittwoch, den 11. Dezember, abends 8 Uhr, im Vereinslokal

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen **Grünhagen**. 2. Abrechnung und Vorstandswahl.

Frauen-Versammlung

Donnerstag, den 12. Dezember, abends 8 Uhr, im großen Saale des Restaurant Maurerherberge.

Tagesordnung.
1. Vortrag des Genossen **Bartel** über Krieg und Wirtschaftspolitik. 2. Vereinsangelegenheiten.

10. Bezirk.

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, den 13. Dezember, abends 8 Uhr, im neuen Vereinslokale, Bürgermeier.

Tagesordnung.
1. Vortrag des Genossen **Sellin** über [illegible] Entwicklung des [illegible]. 2. Abrechnung, Jahresbericht und Vorstandswahl. 3. Vereinsangelegenheiten.

Die Parteileitung.

Verlangen Sie

überall unsere Spezialmarke

No. 100

Artus 2 Pfg.

ges. gesch.

Feinste, aromatische Qualitäts-Zigarette.
Nur echt, wenn Zigarette Namen u. Nummer trägt.
Zu haben in den einschl. Geschäften.

Rudolf Niemierski Söhne

Telephon 3117. Danzig. Telephon 3117.

Der Neue Welt-Kalender für 1913

Preis 40 Pfg., ist eingetroffen.
Buchhandlung „Volkswacht", Paradiesgasse 32.

Künstliche Zähne 1.80, 3.00 u. 4.00 Mk. mit Kautschuk-Platte.

Stiftzähne, Kronen- und Brückenarbeiten.
Zahnziehen fast schmerzlos in normalen Fällen **1,00** Mk.
Bei Bestellung von Gebissen Zahnziehen **kostenlos.**
Plomben von **2,00** Mk. an.
Umarbeitungen und Reparaturen von **1,00** Mk. an.

Zahn-Praxis

Georg Haselmann, Dentist

Milchkannengasse Nr. 31 II.
Sprechstunden von 9 bis 7 Uhr. Sonntags von 9 bis 1 Uhr.

Leser und Freunde

deckt zum bevorstehenden Weihnachtsfest euren Bedarf nur in solchen Geschäften, die in unserer Zeitung inserieren.

Verzichtet wird auf unsere Kundschaft

von den Firmen, die die **Volkswacht** bei Anzeigenaufträgen ausschalten, also nur die bürgerliche Presse benützen.

Oscar Bieber

Juwelier, **Danzig,**
6 Goldschmiedegasse 6

Grosses Lager moderner Gold-, Silber- und Alfenidewaren. Grosses Uhrenlager.
Atelier für Neuarbeiten und Reparatur.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint wöchentlich einmal

Den Lesern bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen

Abzahlungsgeschäfte
S. Maltenfort, Elbing, Alter Markt 5. [illegible]

L. Fingerhut, Danzig, Milchkannengasse 16 [illegible]

Alkoholfreie Getränke
Chr. Schatz, Tempelburg 62

Sinalco

Bäckereien
[illegible] Schidl., Karthäuserstr. [illegible]

Beerdigungsanstalten
H. Herder, Elbing, Wilhelmstr. [illegible]

Berufskleidung
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Bettfedern und Betten
[illegible] Bettfedern-Reinigung und [illegible]
Häkergasse [illegible]
[illegible] Betten, Bettfedern, [illegible]

Bierbrauereien
Danziger Aktien-Bierbrauerei
Jahresumsatz ca. 100000 hl.
Alte Schlossbrauerei
Schloßbräu u. Ritterbräu
Münchener Paulaner-Bräu

Bierhandlungen
[illegible]
Graudenz, [illegible]

[illegible]
Carl Preuss, Graudenz
[illegible]

Hotel zum jungen Löwen, Graudenz, Unterthornerstr. 24

Blumenhandlungen
H. Gall, Graudenz, Oberthornerstr. 2-4.

Brotfabriken
Danziger Brotfabrik G. m. b. H., Kolkowgasse 15
[illegible]

Bürsten, Besen, Pinsel
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Butter, Eier, Käse
Horst Lettau, Hundegasse 36
[illegible]

Cigarrenhandlungen
A. Holz [illegible]

J. NOETZEL
Paradiesgasse [illegible]

M. Krause
[illegible]

Corsetts und Schürzen
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Damenputz u. Modewaren
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

M. Laube, Ohra
Kurz-, Weiß-, Wollwaren.

Destillation, Liköre
A. ALFERMANN
[illegible]
Danzig, Fischmarkt 40-41.

F. Berger, Spendhaus, Neugarten 20-22 [illegible]

Oscar Schützmann [illegible]

Drogen und Farben
[illegible], Fischmarkt 1-3. [illegible]

Fahrräder, Nähmaschinen
A. Bein, Breitgasse 115

Ernst Mühl, Breitgasse 78.
[illegible]

L. Reuters, Elbing, [illegible]

Galanterie u. Lederwaren
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Gelegenheitskäufe
Häkergasse 10
[illegible]

Herrengarderobe
[illegible]

Scawersenz [illegible]

GOLDENE 14
Lange Brücke.

[illegible]

Otto Daberkow
[illegible]

Herrenartikel
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Hut-Haus London
[illegible]

ENGLISH CLUB
Breitgasse 106/107.

SCHMIEDEGASSE 7
[illegible]

Kaufhäuser
Partiewaren, Gelegenheitskäufe
Junkergasse 1

Johannes Schamp
Elbing, Fischerstr. 43/44
Geschäftshaus für [illegible]
Arbeiter-Garderoben
Nähmaschinen und Fahrräder

Selly Bieber, [illegible] 46
Manufaktur-, Kurz- u. Schuhwaren sowie sämtl. Arbeitergarderoben.

Kohlen, Holz, Briketts
Danziger Brotfabrik G. m. b. H., Kolkowgasse 15.

C. Ehlert, Schidlitz, Karthäuserstr. [illegible]

J. Woelke, Ohra, Hauptstr. 19.

Kolonial- und Fettwaren
[illegible], Schidlitz, Karthäuserstr. [illegible]

H. ESAU, Schidlitz, Karthäuserstr. [illegible]

Rich. Folchert, Schidlitz, Unterstr. [illegible]

Theophil Kaschel, [illegible] 42

J. Lepke, Schidlitz, Karthäuserstr. 36.

Fr. [illegible], Schidlitz, Oberstr. [illegible]

J. [illegible], Schidlitz, [illegible] 7.

[illegible] Schulze, Fischmarkt 45.

C. E. Schimmelmann vorm. PRANTZ
Schüsseldamm 32
Mehl, Hülsenfrüchte etc.

Rob. Schulz, SCHIDLITZ, Karthäuserstr. 107.

A. Seilke, Schidlitz, Unterstr. 15.

Herm. Sielaff, Schidlitz, Weinbergstr. 17.

E. Warkentin, Schüsseldamm 34.

G. Willatzki, Schüsseldamm 18.

J. Woelke, Ohra, Hauptstrasse 19.

Meiereien
Rob. Kobusch, Schichaugasse 18.

F. Steckel, Fischmarkt 5, Häkergasse 37.
Für Wiederverkäufer bill. Bezugsquelle in Käse, Butter etc.

Möbelmagazine
Arthur Schulz
DANZIG, III. Damm Nr. 2
Billigste Bezugsquelle f. Möbel aller Art, sowie ganzer Ausstattungen.

Molkereien
Central-Molkerei G. m. b. H. Danzig
Verkaufswagen in allen Stadtteilen.

Friedr. Dohm
Produkte in bekannter Güte.
Niederlagen in allen Stadtteilen.

Musikinstr., Grammophone
Danziger Sprechmaschinen- u. Fahrrad-Zentrale, Hundegasse 33.
Reelle und billige Bezugsquelle für Abonnenten der Volkswacht.
Zubehör u. Reparaturen enorm billig.

Papier- und Schreibwaren
G. W. PETERSEN
ELBING, Alter Markt 33
Schul- und Büro-Artikel.

Schirme, Stöcke, Hüte
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Schneiderei-Artikel
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Schnupftabak-Fabriken
Joh. Kostuchowski
Danzig-Schidlitz
Karthäuserstr. 113. Telefon 2767.

Julius Gosda, Schnupftabakfabrik
Danzig, 2te Priestergasse 5
Ecke Häkergasse

Schuhwaren
Großes Schuhwarenlager, Inh.: Fortier, Repar.-Wkst.
Kl. Mühlengasse, neb. dem Pfarrhaus.
Arbeiter erhalten Extrarabatt.

Schuhwarenhaus Tuchler
Holzmarkt 19
Unerreicht billige Preise

L. Michaelis, III. Damm Nr. 6, Heiligegeistg. 24.
Großes Lager gediegener Schuhwaren, Arbeitsstiefel, Reparaturwerkstatt.

Seifen- u. Toilettenartikel
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Spielwaren
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Sprechmaschinen, Platten
A. Bein, Breitgasse 115.
L. Reuters, ELBING, [illegible]

Trikotagen, Wollwaren
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Uhren und Goldwaren
Karczewski, Junkergasse 6

Wäsche, Weiß- u. Wollw.
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Hermann [illegible]. Verantwortlich für den Inseratenteil und Verlag: Emil Bernke. Druck von Carl Gehrmann, [illegible] in Danzig.

Beilage zur Volkswacht

Nr. 100. | Danzig, den 11. Dezember 1912. | 3. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Sitzung vom 7. Dezember.

Es ist kein Prunkstück, das der Reichsschatzsekretär Herr Kühn mit dem Leuchtöl-Gesetzentwurf von seinem Vorgänger als Amtserbe übernommen hat. So gab er sich denn auch keine Mühe, es als besonders wünschenswert oder gar unentbehrlich anzupreisen. Die öffentliche Kritik hat bereits so deutlich den Talmicharakter des angeblichen Staatsmonopols nachgewiesen, daß auch Herr Kühn nicht mehr behaupten wollte, es sei aus eitel Gold. Er beschränkte sich vielmehr, darauf hinzuweisen, daß die Regierung in der Kommission die Lauterkeit der Zusammensetzung und der Zusammensetzer einer ernsthafteren Prüfung noch gern unterziehen wolle. Im übrigen sei das Gesetz vollkommen harmlos; es bringe weder der amerikanischen Regierung oder dem amerikanischen Trust Schaden, noch werde es den deutschen Banken, dem Reichssäckel, den Konsumenten oder auch den Veteranen besonderen Nutzen bringen. Ja, der Monopolentwurf bringe überhaupt kein Monopol. Daß die Regierung — wirklich die Regierung? — dennoch den Entwurf ausgearbeitet habe, sei nur geschehen, um einer früheren Resolution des Reichstages zu entsprechen. Daß sie nun gerade die denkbar schlechteste Form für ihren Plan gewählt, zeugt doch aber nur gegen sie selbst! Immerhin fühlte Herr Kühn die amtliche Verpflichtung, den Nachweis zu versuchen, daß der Entwurf doch nicht so schlecht sei, als die Oeffentlichkeit annehme. Zu welchen kläglichen Mitteln Herr Kühn bei seiner freundlich-nachgiebigen, in entschuldigendem Tone vorgebrachten Verteidigungsrede greifen mußte, zeigte sein naiver Ausruf, daß doch z. B. nirgends in der Vorlage ein Wort davon gedruckt stände, Vertriebsgesellschaft und Bankengruppe seien eins!

Allen Rednern des Hauses war es denn auch ein leichtes, die Mängel des Entwurfes aufzudecken. Genosse Wurm entledigte sich aber nicht dieser Aufgabe allein. Er entwickelte die grundsätzliche Forderung unserer Partei auf Ablösung der privatkapitalistischen Monopole durch alle Staatsmonopole. Treffend zeichnete er den Widerspruch, daß die gleiche Regierung, die jetzt den Konsum vor möglichen zukünftigen Schädigungen bewahren wolle, in unverantwortlicher Weise die Monopole der Elektrizitätskonzerne und Grubenherren unterstützt und sich an dem Kohlenwucher selbst beteiligt. Der Ulk der Gewinnskala verdeckt nicht, daß die geplante Organisation wohl den Schutz der Banken und Petroleumunternehmer, nicht aber den der Konsumenten wirksam übernehme. Nachdem das Reich bereits 1½ Milliarden an Petroleumzoll von den Aermsten des Volkes eingezogen hat, kommt der Entwurf reichlich spät und deplaziert. Vielleicht verteidigt sich die Regierung mit Recht, daß sie in keinem Hörigkeitsverhältnis zu den Banken stehe — wie wäre auch eine andere Regierungshörigkeit als die von den Agrariern in Deutschland denkbar! —, aber düpiert ist sie nun einmal von Herrn v. Gwinner worden. Vorteil von dem Gesetz hätten neben den Banken einzig noch die Spiritusbrenner, deren Erzeugnis durch eine Verteuerung des Petroleums auch als Leuchtmittel konkurrenzfähig würde. An der Hand dokumentarischer Zeugnisse wies Genosse Wurm vor der verdutzten Rechten nach, daß tatsächlich früher bereits von Agrariern ein Monopol zu diesem Zweck gefordert worden sei.

Nach der breit ausgeführten, ins Detail gehenden sachlichen Rede des Genossen Wurm blieb den nachfolgenden Rednern wenig Neues zu sagen übrig. Der Zentrumsredner sang merkwürdigerweise ein Loblied auf den amerikanischen Trust, dessen gemeingefährliche Praktiken Wurm zu kennzeichnen nicht vernachlässigt hatte. Von dem Redner der Volkspartei mußte sich das Zentrum dafür sagen lassen, daß es durch den Direktor der deutschen Tochtergesellschaft des Trusts in allzu nahen Beziehungen zum Trust stände. Sonst mehr die Verwahrung des Zentrums, daß man aus der Ablehnung des Entwurfs nicht eine Konsumentenfeindlichkeit folgern dürfe, recht geschickt. Klang aus dem Zentrum ein klares „Unannehmbar!", so tönte es von dem nationalliberalen Redner ein wenig schwächer und verklausulierter. Etwas Leben kam in das schläfrige Hohe Haus erst, als Herr v. Schulze-Gävernitz für den Fortschritt in unfreiwilliger Komik das Reichstagspult mit dem Universitätskatheder verwechselte. Nicht nur die Anrede an seine Kollegen: „Geehrte Anwesende!" erinnerte daran, auch die gesuchten und aufgeschriebenen Witze, die pathetische Einleitung für gern gebrauchte Zitate: „Wie sagt doch der lateinische Dichter . . . . ?" und manche allzu kühnen mißlungenen Versuche, den professoralen Ton durch plastische Wendungen zu beleben. So entpuppte sich ihm, wenn er dem Gesetzentwurf „den Pferdefuß amputierte und das Mäntelchen abnahm", eine „nackte Gestalt"! Arendt von den Freikonservativen, Dombek für die Polen und Thumann für die Zentrumselsässer gaben ebenfalls ihr Votum gegen den Entwurf ab. Sie alle vertrösteten auf die Kommissionsberatung, um — mit Herrn Schulze zu sprechen — den Gesetzentwurf tot zu operieren.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Herbei mit den Ministern!

Sensation im Dreiklassenhause!

Die Mittwochsitzung am 4. d. Mts des Dreiklassenhauses, die so langweilig begann und zunächst mit der alljährlich mindestens einmal vorkommenden Besprechung der Winzernot ausgefüllt wurde, wobei Genosse Liebknecht die völlig unzulängliche Antwort des Ministers v. Schorlemer auf die Zentrumsinterpellation festnagelte und eine Sicherung für bessere Zeiten in dem genossenschaftlichen Zusammenschluß der kleinen Weinbauern gegeben sah, gestaltete sich späterhin ganz überraschend. Es kam da nämlich ein Antrag des konservativen Dreiklassenmajors Strosser zur Beratung, von dem umfangreichen Garten des Kriegsministeriums, der an das Abgeordnetenhaus grenzt, ein Stück anzukaufen, damit die Landtagsleute auch einen Garten haben. Die Erlauchten und Edlen im Herrenhaus haben schon längst einen, lassen aber die geliebten Bruder aus dem Geldsackparlament nicht hinein. (Uebrigens ein Unfug für sich, daß das Herrenhaus für seine 12 Sitzungen im Jahre einen Garten, eine Kanzlei, ein Stenographenbureau besitzt.) Nun scheint aber aus dem Verlangen des Abgeordnetenhauses nichts werden zu sollen. Es hat sich nämlich in dem früheren Palais des Fürsten Pleß in der Wilhelmstraße eine Möbelfirma installiert. Nebenan wohnt aber der gute Onkel Theobald, und den stört offenbar das Möbelrücken in seiner tiefen Gedankenarbeit für das deutsche Volk und wohl noch mehr in seinen philosophischen Bemühungen für die deutsche Junkerschaft und Polizei. Also soll die Möbelfirma ausquartiert werden, und da will man sie gerade auf jenes Stück Berliner Erde hinsetzen, das die Dreiklassenmänner gern zu ihren Spaziergängen in der freien Luft — die man übrigens leider gar nicht in die Luft erster, zweiter und dritter Klasse einteilen kann — gewinnen möchten. Als nun die Regierungsmenschen dem erstaunt aufhorchenden Dreiklassenhause mitteilten, daß gegen Ueberlassung des Grundstückes „militärdienstliche Interessen" sprächen, erhub sich ein gewaltiger Zorn. Es ballten sich die Fäuste, es hagelten die Rufe, es schallte das Hohngelächter, als der in die Enge getriebene Kommissar naiv fragte, ob es denn nicht auch militärdienstliche Interessen seien, wenn Herr Heeringen das Geld für die Rüstungen beschaffe.

Bei den 1860 Millionen, die wir jährlich für Heer und Flotte ausgeben, wird es gerade noch auf die Verramschung eines Stückes Garten ankommen! Und der Versicherung, daß man das Grundstück brauche, um ein neues Militärkabinett darauf zu bauen, glaubte man auch nicht. Kurz und gut, da es um ihre eigene Bequemlichkeit geht, ermannten sich die Erwählten des „edelsten aller Wahlsysteme" und beschlossen, auf einen Antrag des burschikosen Stettiner Fortschrittlers Lippmann, **die Sache zu vertagen, bis der Ministerpräsident und der Kriegsminister vor dem Hause erscheinen!** Als unsere Genossen den gleichen Antrag im Frühsommer bei der Beratung der liberalen Wahlrechtsanträge stellten, die für das preußische Volk vielleicht auch einigermaßen wichtig waren, wurde er unter Hohnlachen abgelehnt. Freilich darf man auch nicht vergessen, daß das Zentrum dem Herrn v. Bethmann-Hollweg diese Aufmerksamkeit wohl auch als **zarte Revanche für den Jesuitenbeschluß** des Bundesrats erwies. Immerhin, dieser Zwist zwischen dem Dreiklassenhaus und seiner Regierung ist eine ganz unterhaltsame Sache und wenn nicht der nach der Abstimmung ganz aufgeregt mit Dallwitz und Schwerin-Löwitz unterhandelnde und dabei eindringlich mit den Händen redende Heydebrand noch einen Ausweg findet, kann sich die Geschichte noch interessant entwickeln.

Dann begründete Rektor Kopsch die Fortschrittsinterpellation über die Zertrümmerung des harmlosen Berliner Feuerwehrvereins durch den Polizeipräsidenten. Die Fortschrittler freilich sind selbst zum großen Teil schuld daran, daß das möglich war. Ihnen ist ja das famose Reichsvereinsgesetz zu verdanken, das die Vereinsfreiheit der Beamten nicht sichert und andererseits die Schande ermöglicht, daß einem Jaurès in Berlin eine fremde Sprache aufgezwungen wird, wenn er für den Frieden eintritt. — Der Minister Dallwitz natürlich lobt seinen Jagow und ist mit ihm zufrieden. Dabei erzählte er Schauermären über den Dortmunder Feuerwehrverband, dem der Berliner Feuerwehrverein vielleicht einmal hätte beitreten können. Wenn er dann freilich selbst sagen mußte, daß der Dortmunder Verband kein sozialdemokratischer sei, so konnte ihm Hoffmann zurufen: „Sie werden ihn noch dazu machen!"

Donnerstag: Wassergesetz, dann Besprechung der Feuerwehr-Interpellation.

Sitzung vom 6. Dezember.

Herr v. Jagow vor dem Dreiklassenparlament.

Das Abgeordnetenhaus trat am Freitag, nachdem es das Wassergesetz in dritter Lesung angenommen hatte, in die Besprechung

Von

Weihnachts-Einkäufen

spricht in diesen Tagen die ganze Welt. Es ist daher für den Geschäftsmann jetzt die beste Zeit, mit seinen Weihnachts-Ankündigungen sofort zu beginnen. Nur durch eine intensive Reklame kann der Umsatz erhöht und somit größerer Gewinn erzielt werden. Ein wirksames Werbemittel sind und bleiben Anzeigen in der

Volkswacht

denn sie ist im Laufe der Jahre ein sehr beliebter Freund und Berater von vielen tausend Familien geworden. Ein guter Erfolg ist dadurch gesichert.

Ernte.

Sozialer Roman aus Amerika von E. Dewitt.

8] (Nachdruck verboten).

„Nein, Sie werden nicht," unterbrach ihn Winston. „Wenn Sie sich eine Frechheit mit mir herausnehmen, so werde ich Sie am Kragen packen und die Treppe hinunterwerfen. Vernehmen Sie mein letztes Wort: Wir wissen, daß Sie und die böse Sieben da, Ihre würdige Schwester, sich an dem Gelde bereichern, das Ihnen von den Besitzern der Farm für unsere Beköstigung bewilligt worden ist. Sie werden uns entweder von morgen früh an anständiges Essen vorsetzen oder uns nicht länger auf Ihrer Farm erblicken. Das ist alles. Verstanden?"

Er verließ die Veranda unter den Hochrufen der Leute, die ihm von allen Seiten ihre Hände entgegenstreckten. Fast sprachlos vor Wut blickten Kidley und seine Schwester ihm nach.

Erst als sich die Arbeiter in den Schuppen zurückgezogen hatten, machte sich bei der Dame des Hauses der bisher nur mühsam zurückgehaltene Zorn gewaltsam Luft. Sie belegte ihren Bruder mit allen ihr nur bekannten Namen von Vierfüßlern aus dem Tierreich und erhöhte dadurch noch dessen Wut.

„Willst du gleich die Luft erhalten," schrie er sie schließlich wütend an und floh in das Haus, wohin sie ihm scheltend und polternd folgte.

„Du mußt ihn feuern, Jim", fuhr sie fort, „und zwar noch morgen feuern. Ich dulde keinen räudigen Bettler auf der Farm, der seine schmutzigen Finger an mich zu legen wagt. Verstehst du, Jim? Du mußt den Kerl feuern, morgen feuern — ich will es haben und du mußt meinen Willen tun!"

Ein zorniger Blick sprühte aus Kidleys kleinen Augen zu ihr herüber. „Ihn feuern?" knurrte er. „Weißt du denn nicht, daß der Kerl der erste Klopffechter auf der Farm ist, vor dem sich jeder in sein Mauseloch verkriecht? Am ersten Tage hat er Butler verhauen, daß es eine Art war, am zweiten Tage Hans Larsen, den baumstarken Dänen, und ich sollte mir die Finger an ihm verbrennen? Da kennst du deinen Bruder schlecht, Schwester, wenn du ihm eine solche Dummheit zutraust. Aber warte nur noch einige Tage, bis Tornado Tom kommt, der wird ihn zur Farm hinausfeuern, daß er das Wiederkommen vergißt."

Tornado Tom war der Spitzname eines früheren Klopffechters, der von der Generalversammlung der Smiftschen Farmen engagiert worden war, um unter den oft nur allzu aufsässigen Aufsehern und Händen die Ordnung aufrecht zu erhalten, und, wo es angezeigt war, durch Anwendung körperlicher, brutaler Gewalt die Arbeiter von dem Beginn von Aufständen abzuhalten. Während der Erntezeit machte er die Runde von einer Farm zur anderen, immer darauf bedacht, das Vertrauen, das die Generalverwaltung der Farmen an ihn als einen brutalen Büttel setzte, vollauf zu rechtfertigen. Er war auch immer ein Riese an Kraft, hatte aber, seitdem er den Ring verlassen und sich dem Trunke ergeben hatte, ebensosehr an Gewicht zugenommen, wie an Gewandtheit verloren.

Der Zorn der Schwester Kidleys verrauchte schnell, als sie den Namen Tornado Tom hörte. Ein schadenfrohes Grinsen zeigte sich in ihrem unschönen Gesichte, als sie frohlockend der Tracht Prügel gedachte, die dieser gefürchtete Tornado Tom dem Frechling verabfolgen würde, der es gewagt hatte, seine ruchlose Hand an sie, die Herrin der „Haltefest-Farm" zu legen!

Winstons Einschreiten zeitigte den gewünschten Erfolg, und vom nächsten Morgen ab kam genießbares Essen auf den Tisch. Die Genossen erblickten in Winston ihren Retter und seine Beliebtheit nahm mit jedem Tage zu.

Mittlerweile hatte Kidleys von Rachedurst erfüllte Schwester mit Schadenfreude auf das Kommen Tornado Toms hingewiesen und offen erklärt, daß dieser die ihr zugefügte Unbill rächen werde. Auch Butler erhielt davon Kenntnis und meldete die Nachricht Winston, wobei sein Aussehen einigermaßen besorgt erschien.

„Das ist ein Kerl", fügte Butler hinzu, „vor dem du dich in acht nehmen mußt. Der haut drauf los, ganz egal, wo seine Fäuste auch hinfallen, und ich sage dir, wo die hinfallen, da wächst kein Gras. Ich selbst hatte einmal einen kleinen Gang mit ihm, aber es dauerte keine zwei Minuten, bis ich bewußtlos auf dem Boden lag und von ihm so zugerichtet war, daß ich in den nächsten acht Tagen kein Glied rühren konnte. Fäuste hat er wie ein paar Eisenhämmer — das ist wahrlich nicht übertrieben."

Winston lächelte. Von einem Kollegen Tornado Toms hatte er zufällig erfahren, was von diesem zu halten war und hegte nur eine geringe Meinung von ihm als berufsmäßigen Klopffechter. Der berühmteste Preisboxer Amerikas war Winstons Lehrer gewesen, der dem Kommen des gefürchteten Mannes daher in Gemütsruhe entgegensah. — Butler hatte hiervon natürlich keine Ahnung und machte sich nicht wenig Gedanken darüber, wie Winston, zu dem er eine aufrichtige Zuneigung gewonnen hatte, aus dem kommenden unvermeidlichen Kampfe hervorgehen würde.

Tornado Tom wurde am Sonnabend erwartet, doch verbreitete sich die Kunde seines Kommens bereits am Mittwoch. Winston — oder „Gentleman Jack", wie man ihn nannte — wurde der Gegenstand aufrichtig empfundenen Mitgefühls und wer es gut mit ihm meinte, gab ihm den Rat, sich vor Ankunft des gefürchteten Klopffechters aus dem Staube zu machen. Winstons Antwort war meist ein vielsagendes Lächeln und unbekümmert fuhr er fort, Säcke in seinen Wagen zu heben. Nie zuvor in seinem Leben war er in besserer körperlicher Verfassung für einen Faustkampf gewesen, nie zuvor hatte er die Technik des Boxens so gemeistert, wie er nicht ohne Genugtuung aus den kleinen Probekämpfen sah, die er abends nach der Arbeit mit Butler und einigen anderen kräftigen Genossen anstellte.

„Er ist in der Tat ein Wunder," beteuerte Butler, „kann aber gegen einen berufsmäßigen Klopffechter, wie Tornado Tom, nicht aufkommen. Wenn ich an seiner Stelle wäre, würde ich die Farm vorher verlassen, doch davon will „Gentleman Jack" nichts wissen. Er hat es sich nun einmal in den Kopf gesetzt, seine Kraft und Geschicklichkeit an der von Tornado Tom zu messen und was er sich in den Kopf setzt, das führt er auch aus. Immerhin wird Tornado Tom seit langer Zeit keinen so gefährlichen Gegner gehabt haben, wie ihn, und er wird manchen Hieb hinnehmen müssen, ehe es ihm gelingt, „Gentleman Jack" kampfunfähig zu machen.

Als sie am Sonnabend um 12 Uhr mittags, wie am letzten Tage der Woche üblich, vom Felde heimkehrten, empfing sie die Nachricht von dem Eintreffen Tornado Toms, der im Farmhause auf das Kommen „Gentleman Jacks" wartete. Bald hörte dessen Wagen ein, von dem er sofort herabsprang, um an die Pferdetränke zu eilen und dort, wie er es immer zu tun pflegte, seinen Oberkörper zu waschen. Er blickte, damit fertig geworden, auf und sah zu seiner Ueberraschung ein Mädchen zu Pferde hinter sich, welches das durstige Tier rücksichtsvoll von der Tränke ferngehalten hatte, während er sich daran erfrischte.

Winston trocknete das Wasser in seinen Augen und richtete diese voll auf die Reiterin. Einen Augenblick lang vergaß er, daß er nur ein Mann aus dem Volke, ein Erntearbeiter war, der sich um einen Tagelohn von einem Dollar und fünfundzwanzig Cents abplagte, und fühlte sich wiederum als Winston Howard, der Sohn des vielfachen Chikagoer Millionärs. Es war kein dreister zudringlicher Blick, den er auf sie richtete, und nur die ehrliche und aufrichtige Bewunderung leuchtete aus ihm, die ein jeder Mann der Schönheit, wo immer er ihr begegnet, entgegenbringt.

Es war eine schlanke, anmutige Gestalt mit blondem Lockenhaar, dessen Farbe ihn unwillkürlich an die des goldenen Weizen-Ozeans erinnerte. Die Sonne hatte ein gesundes Braun auf ihren Wangen hervorgezaubert. Als sie seinem bewundernden Blicke begegnete, stieg ihr das Blut in den Kopf und verwirrt senkte sie die langen Augenlider. Die zierliche braune Hand, die die Zügel hielt, gab dem Pferd das Zeichen, seinen Trunk zu beendigen.

(Fortsetzung folgt.)

der bereits vor einigen Tagen begründeten und auch beantworteten Interpellation der Fortschrittlichen Volkspartei über das Vorgehen des Berliner Polizeipräsidiums gegen den Verein Berliner Feuerwehrleute. Es kamen bei dieser Besprechung nur zwei Redner zu Worte, als erster der Konservative **Kreth**, der in seiner bekannten Aufgeblasenheit sich als Zensor über die Berliner Stadtverordnetenversammlung aufspielte und der Regierung den Rat gab, von ihrem Auflösungsrecht Gebrauch zu machen. Das fehlte gerade noch, daß die Regierung eine Stadtverordnetenversammlung, in der ihr nicht genehme Reden gehalten werden, einfach auflöst. Denn die Befugnis, zu den Maßnahmen des Polizeipräsidenten Stellung zu nehmen, wird doch wohl selbst Herr **Kreth** der Vertretung der Berliner Bürgerschaft nicht absprechen wollen. Oder glaubt Herr Kreth, daß die Berliner Steuerzahler lediglich die Pflicht haben, die Kosten für die Feuerwehr aufzubringen, daß sie sich aber im übrigen jeder Kritik enthalten müssen? Daß der konservative Redner das Vorgehen des Herrn v. Jagow billigt und bei der Berliner Feuerwehr militärischen Kadavergehorsam und den Drill des Kasernenhofes einführen möchte, versteht sich bei seinen reaktionären Anschauungen eigentlich von selbst.

Einen wesentlich anderen Ton schlug der Nationalliberale **Just**, der frühere Direktor im Reichsamt des Innern, an, der zwar die militärische Organisation der Feuerwehr als zweckmäßig bezeichnete, aber ausdrücklich hinzufügte, daß die Feuerwehrmänner dadurch noch keine Militärpersonen werden, und vor einer Uebertreibung der Disziplin warnte. Daß selbst dieser Herr, der bei anderen Gelegenheiten nicht scharf genug den Beamten das Recht, sich sozialdemokratisch zu betätigen, abgesprochen hat, die Untersuchung eines Drucks auf die Meinung der Mannschaften forderte und das Verhalten des Herrn v. Jagow mißbilligte, sollte auch der Regierung zu denken geben.

Bei der Fortsetzung der Besprechung am Sonnabend wird als erster Genosse **Hoffmann** das Wort ergreifen.

Sitzung vom 7. Dezember.

Im Vordergrunde der Debatte stand die Rede unseres Genossen **Hoffmann**, der sich in fein **pointierten**, an Ironie und Spitzen überaus reichen Ausführungen zunächst den trotz seines bürgerlichen Namens gut junkerlichen **Kreth** vornahm und ihn unbarmherzig nach allen Regeln der Kunst abschlachtete. Wohl selten ist im Parlament jemand so zerzaust worden, wie dieser „Volksvertreter“, der den Mangel sachlicher Argumente hinter eisernen Mätzchen und geschwollenen Phrasen zu verbergen pflegt. Als sich aber Herr Kreth, gleichsam, als wollte er zeigen, daß er noch Leben in sich fühle, aufs neue hervorwagte, da versetzte ihm Hoffmann unter lebhaftem Beifall nicht nur der Sozialdemokraten, sondern auch eines großen Teils der Anhänger der bürgerlichen Parteien vollends den Todesstoß. Zwar suchte Herr Kreth noch einige Male zu bellen, aber seine ohnmächtige Wut zeigte, daß die Hiebe des sozialdemokratischen Redners gesessen haben. So bald wird dieses Schreckenskind der Konservativen kaum wieder mit der Sozialdemokratie anbandeln.

Auch dem Polizeiminister war bei den Ausführungen Hoffmanns nicht sonderlich wohl zumute. Wie sollte es auch anders sein? Wies doch unser Vertreter, der als Fürsprecher der um ihre staatsbürgerlichen Rechte betrogenen Feuerwehrleute auftrat, an der Hand unwiderlegbaren Materials nach, welch unerhörter Terrorismus auf die braven Feuerwehrleute ausgeübt ist und wie sie von oben her systematisch und auf Befehl zu lügen gezwungen werden sollten! Die Feststellung dieser Tatsachen mag gerade Herrn v. **Dallwitz** recht unangenehm sein. Ist er es doch gewesen, der im Brustton der Ueberzeugung die Beamten, die sozialdemokratisch wählen, im vorigen Jahre als Lügner, Heuchler und Eidbrecher bezeichnet hat! Da ist Freiherr v. **Zedlitz**, der im übrigen neben Herrn **Kreth** als einziger Verteidiger der Polizei und der Regierung auftrat, denn doch etwas schlauer. Er gab wenigstens die Möglichkeit zu, daß die Angaben des Genossen Hoffmann richtig sind und verlangte für diesen Fall ernste Mißbilligung. Daß der Oberscharfmacher, abgesehen hiervon, viel von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Disziplin sprach, brauchen wir nicht besonders zu erwähnen. Dies Schlagwort führt Herr v. **Zedlitz** stets im Munde, wenn es sich darum handelt, abhängige Elemente völlig rechtlos zu machen, mag es sich nun um Lehrer, um Feuerwehrleute oder um andere untere und mittlere Beamte handeln, die sich in freiheitlichen Vereinen betätigen und sich zu ihr Naturrecht bekannt haben. Verteidiger erstanden den Feuerwehrleuten noch in den Abgeordneten **Cassel** und **Kopsch**, von denen ersterer ebenso, wie schon vorher Genosse **Hoffmann**, die Berliner Stadtverwaltung gegen die Schmähungen eines Kreth in Schutz nahm, während letzterer an die Parteien die Mahnung richtete, für die staatsbürgerlichen Rechte der Beamten einzutreten.

Danzig.

Von der Frühstücksverteilung an hungernde Schulkinder ist noch immer nichts zu hören. Selbst die Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter durch die ungeheure drückende Teuerung veranlaßt die Stadtverwaltung nicht, wenigstens in diesem Jahre der hungernden Kinder zu gedenken. Dabei kann sie sich unmöglich im Zweifel darüber befinden, wie dringend notwendig wenigstens die Gewährung von Frühstück an die hungrig zur Schule kommenden Kleinen ist. In den letzten Jahren waren es schon erheblich **über 2000** Kinder, die trotz sorgfältigster Auswahl auf — Bedürftigkeit des sehr dürftigen Frühstücks für würdig befunden wurden. Auch diese im herrlichen Nordischen Venedig als zweifellos Hungernde Festgestellten blieben aber auf Bettelgaben angewiesen. Die Stadtverwaltung hat zur Linderung des Hungers schuldloser Kinder keinen Pfennig übrig. Nur aus der **Abeggstiftung** gewährt sie einen Zuschuß von 1000 Mark, um wenigstens den Schein zu wahren, daß sie nicht ganz untätig ist. Allerdings bleibt die Stadt auch aus eigenen Mitteln anerkannten Notständen gegenüber nicht untätig, die Armenunterstützung ist doch sogar um 7000 Mark jährlich auf Veranlassung des Stadtrats Evert **gekürzt**.

Sogar die mit dem Magistrat sehr intime Danziger Zeitung kann nicht umhin, darauf aufmerksam zu machen, wie schrecklich die Teuerung gerade die Kinder der Armen heimsucht. Ein Kreisarzt hat amtlich festgestellt, daß in seinem Amtsbezirk im September vorigen Jahres 20 bis 40 Prozent der Kinder skrofulös waren; in diesem Jahre waren es jedoch 50 bis 85 Prozent. Der Arzt weist nach, daß die ungenügende Ernährung die Ursache dieser Vernichtung der Gesundheit der Kinder ist und bemerkt dazu sehr richtig:

„Es ist sicher, daß bei den heutigen hohen Fleischpreisen den **meisten** Familien es schwerfallen muß, täglich oder nur öfters in der Woche dieses wichtigste Nahrungsmittel zu beschaffen. Man darf nicht vergessen, daß an den Körper des Kindes Wachstum, Entwicklung und **auch die Schule** Anforderungen stellen müssen, die verhältnismäßig bei weitem größer sind, als die an den fertig entwickelten Erwachsenen herantretenden. Ändert sich aber in der jetzt üblichen Ernährung der Schulkinder nichts, so wird unzweifelhaft die Skrofulose, **diese Vorläuferin der Tuberkulose**, immer weiter um sich greifen.“

Der Chefredakteur der Danziger Zeitung, Dr. Herrmann, ist Stadtverordneter, als solcher ein Führer der freisinnigen Fraktion und auch sehr angesehen bei seinen schwarzblauen Blockbrüdern. Er fordert aber nicht etwa auf Grund der Feststellungen des beamteten Arztes das schleunigste Eingreifen der Stadt für die hungernden Kinder. Er erwähnt in seiner grenzenlosen freisinnigen Menschenfreundlichkeit und weihnachtlichen Liebesstimmung diese städtische Pflicht gar nicht! Und doch gilt, was der Arzt festgestellt hat, besonders auch für Danzig, in dem sich noch die Wirkungen eines anderwärts in diesem Umfange nicht bekannten Wohnungselends bemerkbar machen. Das ist für die freisinnige Volksfreundlichkeit **kein** Grund, von der Stadt wenigstens das Eintreten für schuldlos hungernde Kinder zu fordern. Recht „rührend“ schildert das Kommerzienratsblatt seinen Lesern dafür, wie arme Buben mit elend zusammengeklebten Krippenkästen in den Straßen bettelnd Weihnachtslieder singen. Zu dieser — Rührseligkeit gehört ein sehr gutes Gewissen. Diese Entwürdigung der Kindheit ist doch grimmiger Hohn auf das christliche Weihnachtsevangelium und die sogenannte kapitalistische Kultur.

Gerade diese Rührseligkeit zeugt davon, wie verständnislos die herrschende Klasse den Bedürfnissen und dem Empfinden der Unterdrückten gegenübersteht. Sie macht es auch verständlich, daß sich im Rathause nichts rührt, um den Hunger der Kinder zu stillen. Dabei kann man sich doch in diesem Jahre nicht mehr hinter die schlechte Finanzlage der Stadt verstecken. Bisher gestattete diese schon, daß für die Kinder der Reichen 486350 Mark jährlich Schulzuschuß gezahlt wurde. Über 10000 Mark pro Jahr werden für Sportzwecke zum Fenster hinausgeworfen. Rund 70000 Mark bewilligte man kürzlich für einen städtischen Prunksaal. Der letzte Abschluß der Stadt ergab einen Überschuß von 459420 Mark. Mit der Unmöglichkeit, den Kindern das dringend notwendige Frühstück zu gewähren, kann die städtische Untätigkeit unter keinen Umständen entschuldigt werden. Es liegt allein am Mangel an Willen, der Not des Volkes und seiner Kinder abzuhelfen. Dabei wird die Notwendigkeit, die Kinder in der Schule zu stärken, auch immer mehr von solchen Kreisen erkannt, die das bisher nicht einsehen wollten. Selbst in den schwarzblauen Bürgervereinen wurde neuerdings gefordert, daß an bürgerliche Kinder in der Schule gegen Entgelt zum Frühstück Milch abgegeben werden soll. Man begreift also immer mehr, daß die Schule ihren Zweck nur dann erfüllen kann, wenn die Kinder ihr nicht darbend und hungrig übergeben werden.

Nur die Verwaltung der Großstadt Danzig und ihr Oberbürgermeister, der allen Bürgern das Leben angenehm machen will, begreift das noch immer nicht. Für sie und ihre Kinder gibt es ja weder Notstand noch Hunger.

Opferwilliger Bürgersinn.

Diese Tugend entdeckte der Oberbürgermeister schon, als einige hinterher Leute mehrere Zehntausende Mark zusammenlegten, damit die Stadt für den Ankauf des Englischen Hauses 100 000 Mark loswerden konnte. Der tatsächliche Opfersinn der sogenannten Patrizier mit der erb- und eigentümlichen Großherzigkeit zeigte sich in glänzender Weise bei der böse verkrachten Heinrich-Ehlers-Stiftung. Der ewige Dalles der sogenannten Wohltätigkeitsvereine ist davon ebenfalls ein würdiges Denkmal. Wer die schäbige Knausrigkeit der Geldsacksmenschen gerade in Danzig kennt, der versteht den Schmerz, mit dem Münsterberg als wohl bester Sachverständiger nach seiner Rückkehr aus Amerika in der Danziger Zeitung klagte, wie schwer es hier sei, auch nur wenige hundert Mark zusammen zu bringen.

Ein ausgezeichnetes Beispiel für den Opfermut des Bürgertums, dem der Oberbürgermeister voreilig Lob spendete, stellt das Schicksal der Gieldzinskischen Sammlung dar. Lesser Gieldzinski war ein reicher jüdischer Getreidekaufmann, der im Jahre 1860 von Russisch-Polen nach Danzig übersiedelte. Er war hervorragender Sammler und brachte im Laufe der Jahre eine wertvolle Sammlung von Gegenständen Alt-Danziger Kunst zusammen. Der Mann wurde in der bürgerlichen Lokalpresse, hauptsächlich in der Danziger Zeitung, als Musterexemplar eines hochherzigen Lokalpatrioten gefeiert. Sein Sammlungseifer hatte selbstverständlich nur die edelsten Motive, und kein Zweifel bestand darüber, daß Gieldzinski die Sammlung seiner zweiten Heimatstadt als öffentliches Eigentum hinterlassen werde. Hatte doch sogar, man denke sich die Verzückung der Danziger Zeitung, das Auge des Kaisers oder wenigstens der Kaiserin, darauf geruht. Als der brave Getreidehändler, der es trotz seines verherrlichten Kunstsinnes zum Millionär gebracht hatte, gestorben war, gab es eine gewaltige Enttäuschung bei seinen Lobrednern.

Sein Testament vermachte der Stadt Danzig auch nicht ein einziges Stück der Sammlung. Ganz in derselben Hochherzigkeit, die sich hierdurch betätigte, suchten die Neffen und Erben des Verstorbenen, die günstige Konjunktur auszunützen und die Sammlung der Stadt Danzig zu unglaublichen Preisen anzubieten. Nicht weniger als **zwei Millionen Mark** sollte die Stadt Danzig für die künstlerisch veredelte Hochsinnigkeit blechen. Dieser Preis ging so unendlich weit über die höchsten Schätzungen Sachverständiger hinaus, daß selbst der Magistrat vor dieser Brandschatzung der Steuerzahler zurückschreckte. Er mußte den „Kauf“ ablehnen. Darauf ließen die lachenden Erben die Sammlung höchst vergnügt und kaltblütig in Berlin verramschen. Vom 3. bis 9. dieses Monats hat die Aktion der 2881 Gegenstände stattgefunden. Es wurden durchschnittlich sehr gute, sehr häufig sogar fabelhafte Preise erzielt. Trotzdem hat das Gesamtergebnis nur 380 000 Mark gebracht. Dagegen halte man die Tatsache, daß von der Stadt zwei Millionen Mark gefordert wurden!

Das Schicksal dieser Sammlung ist ein Beweis für den opferwilligen Bürgersinn, wie er überzeugender nicht möglich ist. Aber diese Erfahrung wird gewisse Leute nicht hindern, den vollen Geldsack als den Inbegriff aller Tugenden zu preisen.

Versammlungen.

In einer gut besuchten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, 5. Bezirk, Langfuhr, referierte unter lebhaftem Beifall Genosse Broßwitz über „Die materialistische Geschichtsauffassung“. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Zum Bezirksführer wurde Genosse Broßwitz, zum Gruppenführer Genosse Koscharek gewählt. Im Verschiedenen wurde vom Vorsitzenden auf die umfangreichen Arbeiten in der Partei, insbesondere für die bevorstehende Landtagswahl, hingewiesen und zur intensiven Agitationstätigkeit aufgefordert. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie erfolgte Schluß der Versammlung.

Ebenfalls sehr gut besucht war die zwei Tage später stattfindende Frauenmitgliederversammlung des 5. Bezirks, Langfuhr, in der Genosse Redakteur Lorenz über „Die Entstehung des Deutschen Reiches“ sprach. Genosse Broßwitz ergänzte die Ausführungen des Referenten und erntete ebenso wie der Referent reichen Beifall. Genossin Malikowski sprach über Frauenagitation, die laut Beschluß des westpreußischen Parteitages in der nächsten Zeit intensiv betrieben werden müsse. Nach einem Hoch auf die Sozialdemokratie erfolgte Schluß der Versammlung.

Bericht des Arbeitersekretariats für den Monat Oktober 1912. Die Zahl der Auskunftsuchenden betrug 488 (406) im Vormonat). Hiervon waren männlich 341 (273), weiblich 135 (129), Arbeitnehmer und deren Angehörige 476 (402). Gewerkschaftlich organisiert waren 191 (156), gewerkschaftlich und politisch organisiert 85 (46), nur politischen Vereinen gehörten an 19 (26), organisationsunfähig waren 45 (25), unorganisiert 148 (153). Die Zahl der erteilten Auskünfte betrug 506 (422), Schriftsätze wurden 113 (92) angefertigt. Leser der Volkswacht waren 146 (132) Personen.

Für den Monat **November** betrug die Zahl der Besucher des Sekretariats 451 (488 im Vormonat). Gewerkschaftlich organisiert waren 146 (191), gewerkschaftlich und politisch organisiert 93 (85), nur politischen Vereinen gehörten an 12 (19), organisationsunfähig waren 31 (45), unorganisiert 170 (148).

Hollando's Erweiterungsbau vollendet!

Dem geehrten Publikum erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen, daß ich dem großen Aufschwung meines Geschäfts und den inzwischen erforderlich gewordenen modernen Verkehrsverhältnissen Rechnung getragen und durch **Hinzunahme** und **Ausbau** des **Eckladens**

mein Verkaufslokal entsprechend vergrößert habe.

Durch Engagement **weiterer Verkaufskräfte** bin ich fortan in der Lage, **alle Ansprüche,** welche das mich beehrende Publikum an prompte Bedienung zu stellen berechtigt ist, **vollkommen zu befriedigen** und wird an den **Hauptverkehrstagen** keine Hausfrau mehr infolge des grossen Andranges einen Zeitverlust erleiden.

Täglich Ausstich goldfrischer Tafelmargarine
zu Mk. 1.00, 90, 80 u. 70 Pfennig per Pfund

Danziger Margarine-Spezialhaus „Hollando“

Alexander Weichbrodt

Hauptgeschäft: An der Markthalle. Eingänge von der Häkergasse und von der Lawendelgasse Ecke, und in den Filialen.

Die Zahl der erteilten Auskünfte betrug 470 (506), Schriftsätze wurden 92 (113) angefertigt. Leser der Volkswacht waren 109 (146) Personen.

Gewerkschaftsvorstände. Im letzten Rundschreiben wurden die Vorstände ersucht, **von sämtlichen in ihrer Organisation bestehenden Tarifverträgen ein Exemplar einzusenden; auch von etwaigen Einzelverträgen.** In dem Schreiben war auch gesagt, zu welchem Zweck. Dieser Aufforderung ist nur ein Teil der Vorstände nachgekommen. Wir wiederholen deshalb unsere Bitte und bitten nunmehr, **daß uns die Verträge schleunigst übermittelt werden.**

Der Kartellausschuß, Schüsseldamm 56.

---

12. 12. (19) 12.

Am Donnerstag dieser Woche tritt wieder einmal ein Kuriosum ein, das für manche einen historischen Wert bedeutet. An diesem Tage werden Postsachen mit dreimal 12 gestempelt sein, und wenn Briefe oder Karten noch in der Zeit von 11 bis 1 Uhr auf dem Postamt zur Abstempelung gelangen, dieselben eventuell mit einer vierten 12 versehen sein. In diesem Jahrhundert kommt so etwas nicht wieder vor.

Stadtmuseum.

Die Umbauten und Neuordnungen in der Gemäldegalerie haben nunmehr begonnen und machen einstweilen ein gleichzeitiges Schließen des Kupferstichkabinetts und der Gipsabgußsammlung notwendig. Anfang März werden voraussichtlich die Arbeiten beendet sein. Bis dahin ist also lediglich das Provinzialkunstgewerbemuseum zugänglich.

Kaninchenzüchterverein.

Am 4. d. Mts. hielt der Kaninchenzüchterverein für Danzig und Umgegend im Kaiserhof seine erste Sitzung nach der Ausstellung ab. Die Versammlung war, wie vorauszusehen, sehr gut besucht. Es zeigte sich, daß durch die Ausstellung viele, die bisher wohl Interesse für die Kaninchenzucht hatten, aber keine Gelegenheit mit Züchtern Rücksprache zu nehmen, Fühlung mit dem Verein genommen. Es wäre wünschenswert, wenn noch recht viele sich unserm Verein anschließen würden. Zur Auskunfterteilung ist der Vorstand sowie jedes Vereinsmitglied jederzeit gerne bereit. Neu aufgenommen wurden die Herren Gasthofbesitzer Schramm und Bufenitz, Kaufmann Wienguth und Kaufmann Scheller.

Nach dem Bericht des Kassierers über die Verbandsversammlung bei der Ausstellung teilte der Ausstellungsleiter, Herr Bruhn, die erfreuliche Tatsache mit, daß unsere erste Verbandsausstellung mit einem Ueberschuß abschließt. Es wurden auch die begangenen Fehler bemängelt, welche bei der nächstjährigen Ausstellung vermieden werden sollen.

Dann wurde zur Preisverteilung geschritten, wobei einzelne Mitglieder gut abschnitten; den andern wird es aber ein Ansporn sein, beim nächsten Male zu zeigen, daß die Lehre, die wir erhalten, auf guten Boden gefallen und Frucht getragen hat.

An die Landwirtschaftskammer soll herangetreten werden um Beihilfen zur Anschaffung eines Vereinszuchtrammlers und Jungtiere. Hierzu wurden bestimmte Beiträge vom Verein festgelegt.

Zur Prüfung der Ausstellungsabrechnung wurde ein Kommission gewählt. Nächste Versammlung Mittwoch, den 8. Januar 1913, abends 8 Uhr, im Kaiserhof, wozu Gäste herzlich eingeladen sind.

Aus Westpreußen.

Elbing.

Stadtverordnetensitzung am 6. Dezember 1912.

Das Hauptinteresse der diesmaligen Verhandlungen konzentrierte sich auf eine Magistratsvorlage, nach welcher alle jugendlichen männlichen Arbeiter unter 18 Jahren, gleichviel ob gelernte oder ungelernte, durch Ortsstatut zum Besuche der Fortbildungsschule verpflichtet werden. Eine solche Verpflichtung bestand bereits vor langen Jahren. Sie mußte aber — man höre, Kulturaufgaben leiden nicht bei uns in Preußen — wegen Mangel an Schulräumen wieder aufgehoben werden. Im Prinzip waren unsere Stadtväter mit diesem Projekt einverstanden. Als aber unsere Genossen, die Gelegenheit benutzend, durch Genossen Trilse einen Antrag begründeten, den Magistrat zu ersuchen, die Unterrichtsstunden der Fortbildungsschule in die Tageszeit, mindestens aber auf 5 Uhr nachmittags ab zu verlegen, erhoben sich auf allen Seiten Retter der Arbeitgeberinteressen gegen diesen die Jugend und deren geistige Fortbildung schützenden Antrag. Daß die Herren Kleinert, Wegmann und andre mehr sich als heftige Gegner solcher Tendenzen, wie solche dem Antrage zugrunde liegen, bekennen würden, war vorauszusehen und nicht weiter verwunderlich. Diesen Interessenschichten ist die schrankenlose Ausbeutung auch der jugendlichen Arbeiterschaft das höchste Gesetz und ein Kräutlein, „Rührmichnichtan". Daß aber selbst Schulmänner, wie der Herr Kreisschul-Inspektor und auch das Stadtoberhaupt der Herr Erste Bürgermeister den bedrohten Arbeitgeberinteressen beispringen würden, hätten wir in diesem Falle doch nicht für möglich gehalten. Unsere Schulverwaltung handelt nach Regierungsrezept und Vogeistraußmanier. Stellt sich im öffentlichen Leben ein tiefempfundener Uebelstand heraus, der Abhilfe erheischt, dann wird bei Unternehmern, beileibe nicht bei Arbeitern Umfrage gehalten, ob dieser Uebelstand beseitigt werden solle. Die Antwort von dieser Seite der Arbeitgeber ist natürlich ein kräftiges Nein und flugs stecken die Köpfe der Verwaltung im Sande und sehen daher nicht mehr die Gefahr, in welcher die Volksinteressen schweben. So auch hier. Daß der wohlgemeinte Antrag unserer Vertreter glatte Ablehnung erfuhr, brauch nach vorher geschilderter Situation kaum mehr gesagt zu werden. Für ihn stimmten außer unsern Genossen nur die Herren Gymnasialdirektor Gronau und der Stadtverordnetenvorsteher. Die übrigen Herren haben sich durch ihre Abstimmung als Feinde besserer Jugendbildung selbst gerichtet. Trotzdem wird man in bürgerlichen und behördlichen Kreisen nach wie vor sich als die einzig qualifizierten Jugendpfleger preisen. Hier Theorie und Praxis. Der am Rathaus belegene „Große Lustgarten" soll mit einem Kostenaufwande von 6300 Mark umgestaltet und der Betrag in den kommenden Etat eingesetzt werden. Die geplante Verschönerung des Stadtbildes kann als sehr nett gelten. Unsere Genossen nahmen aber den Standpunkt ein, daß der Stadtgärtnerei und des neuen Ressortchefs wichtigere und nützlichere Aufgaben harren und diese zunächst Erfüllung erfahren müssen. Auch sei der projektierte Kinderspielplatz viel zu beengt, um dem Bedürfnis zu genügen, da in der ganzen inneren Stadt ein Spielplatz nicht vorhanden sei. Die Mehrheit bewilligte jedoch die Magistratsvorlage. Wir werden nun abwarten müssen, ob das vom Herrn Bürgermeister Schaller abgegebene Versprechen, daß in Bälde der städtische Friedhof auf dem sogenannten Sünderberg eine gründliche Ausgestaltung erfahren soll, eingelöst werden wird.

Der jetzige Zustand der städtischen Gasanstalt entspricht nicht mehr den gesteigerten Ansprüchen. Sie soll daher wesentlich erweitert werden. Dies kostet 560 000 Mark. Der Herr Gasanstaltsdirektor glaubte den Stadtvätern die Sache dadurch schmackhafter machen zu müssen, daß er die gewaltigen Ersparnisse an Produktionskosten, die die neue Betriebsform ermögliche, besonders hervorhob. So las er der Versammlung vor, daß, wo jetzt in einzelnen Abteilungen des Werkes 15 Arbeiter, später nur 4 beschäftigt würden. (Hört! hört!) Die Ersparnisse an Löhnen und Kohlen würden sich demnach auf nicht weniger als 59 000 Mark pro Jahr belaufen. Schöne Perspektiven für die Gasanstaltsarbeiter. Für Zwecke des Kasernements wurden weitere 13 650 Mark für Geländeankauf bewilligt. Ja, ja, der Militarismus zeigt sich auch hier als Schraube ohne Ende.

Die Polizeiverwaltung hat, man staune, im Etatsjahre 1911 2345 Mark Ersparnisse gemacht.

Danzig-Land.

Ohra. Verschiedene Zuschriften, die wir erhielten, beklagen sich über die Unannehmlichkeiten, die den Rentenempfängern bei Abstempelung der Quittungsformulare entstehen. Mit dieser Abstempelung ist der Kaufmann Hönig betraut, und will derselbe nur von morgens 7 bis 8 Uhr abstempeln. Am vorigen Ersten wollte er aber nur von 8 bis 10 Uhr abstempeln. Es gingen nunmehr Rentenempfänger zum Bezirksamt, der Herr Amtsvorsteher war aber abwesend und wurden den Rentenempfängern die Bogen abgenommen mit dem Bemerken, dieselben andern Tages abzuholen.

Auch die Postbeamten waren nicht sehr erbaut, als die Renten erst am Dritten des Monats abgehoben wurden. Die Hauswirte verlangen die Wohnungsmiete am Ersten des Monats und ziehen finstre Gesichter, wenn die Miete erst am Dritten bezahlt wird. Wer nun auf die Rente angewiesen ist und das sind die meisten, für den ist es sehr unangenehm, durch Verzögerung des Abhebens der Rente eventl. Mißhelligkeiten ausgesetzt zu sein. Herr Dr. Harder, der früher die Abstempelung der Quittungen besorgte, hatte die Sache besser eingerichtet, indem er die Einrichtung getroffen hatte, abteilungsweise abzustempeln, z. B. eine Serie von 8—9, die andere von 9—10 usw. Da ging die Sache ihren glatten Lauf. Auch ist es absolut unmöglich, in nur einer Stunde die Arbeit bewältigen zu wollen. Im Interesse der Rentenempfänger läge es, wenn hier geordnete Zustände eingeführt würden.

Graudenz.

Wenn jemand eine Reise tut.

Daß eine Fahrt in der 4. Wagenklasse nicht zu den Annehmlichkeiten einer Reise gehört, mußte auch ein hiesiger 61jähriger Arbeiter erfahren, der kürzlich von Dubelno nach Graudenz fuhr und diese herrliche Einrichtung des preußischen Klassenstaates am eigenen Leibe kennen lernte. Als er in Dubelno am Freitag, den 29. November, nachmittags 6.25 Uhr, den Zug betrat, war derselbe mit Polen gefüllt, welche sich bei den Klängen eines Leierkastens amüsierten. Kaum hatte sich der Reisende gesetzt, als auch schon ein Fahrgast mit dem Hut in der Hand einen Groschen von ihm verlangte. Als dies verweigert wurde, griff der Geldsammler mit der einen Hand den Arm des Fahrgastes und mit der anderen das Reisegepäck und wollte ihn gewaltsam in das Frauenabteil drängen, was ihm jedoch nicht gelang. Der mittlerweile hinzukommende Schaffner sah sich wohl den Unfug an, tat aber nichts, um den Greis zu schützen. Im Gegenteil, als der alte Mann sich be-

Verlangen Sie meinen neuen Prachtkatalog gratis und franko.

Das vornehme Kredithaus in Danzig.

Kunden u. Beamte sowie Kunden anderer Kredithäuser ohne Anzahlung.

Teppiche, Künstler-Gardinen, Portieren, Läufer, Tischdecken, Steppdecken, Chaiselonguedecken in großer Auswahl Anzahlung von 2 Mark.

Herren- Anzüge, Paletots, Ulster, Joppen und Hosen, Burschen- und Knaben-Anzüge Anzahlung von 3 Mark an. Abzahlung wöchentlich 1 Mark.

Damen- Kostüme, Röcke, Blusen, Jacketts, Mäntel, Paletots Anzahlung von 3 Mark an. Pelze, Stolas u. Garnituren Anzahlung von 3 Mark an.

Manufakturwaren, Kleiderstoffe, Bettbezüge usw. in großer Auswahl Anzahlung von 2 Mark an.

Möbel stilreine Einrichtungen von 200 bis 15000 Mk. Einzeln. Möbel Büfetts, Schränke, Vertikos, Schreibtische, Komplette Küchen in allen Farben, Sofas, Chaiselongues Eiserne Bettstellen Anzahl. v. 3 Mark an.

Praktische Weihnachts-Geschenke: Nähtische, Ständer, Bauerntische, Uhren, Ziertische, Spiegel, Flur-Garderoben, Handtuchständer, Paneelbretter, Trumeaux usw. usw. Anzahl. v. 2 Mark an. Abzahl. wöchentl. 1 Mk.

Nicolaus Pindo Nachf.

Part., I., II., III., IV. Etage Fahrstuhl.

M. Grau

Part., I., II., III., IV. Etage Fahrstuhl.

Danzig, Holzmarkt 4.

Sonntag den ganzen Tag geöffnet.

abwechselnd an ihn wandte, meinte er, es wäre nur Spaß und nahm sogar, wie zum Beweise, von dem Radaumacher eine Zigarre an. In seiner Not stieg der alte Mann zum Unglück noch eine Station zu früh aus, und als er es bemerkte, konnte er nur mit Mühe das im selben Wagen befindliche Frauenabteil erreichen. Aber auch hier verfolgten ihn die Quälgeister, bis sich ein anderer Fahrgast seiner annahm. An Ort und Stelle hat sich der Passagier wohl über die Behandlung und die Passivität des Schaffners beschwert. Obs aber was nützen wird? Diese und ähnliche Fälle sind durchaus keine Seltenheit. Deshalb sollte die Bahnverwaltung ihr möglichstes tun, um die Reisenden vor solchen Insulten zu schützen.

Schwetz.

Die Schwetzer Schwindelwahl.

Nach weiteren Berichten über die von der Wahlprüfungskommission des Reichstages festgestellten Machenschaften bei der „Wahl" des Landrats von Halem sind wirklich 720 polnische Stimmen auf die Einwirkung seines Kreissekretärs Dr. Martini nach der Hauptwahl für ungültig erklärt. In 24 Orten wurden sämtliche polnische Stimmen auf diese Weise ungültig gemacht! Mit dieser ostelbisch-borussischen Praxis dürfte selbst Rußland nicht konkurrieren können.

Der preußische Landrat v. Halem nahm jedoch das Mandat, dessen Zustandekommen ihm nicht zweifelhaft sein konnte, an; er übte das Mandat, obgleich er zu Unrecht proklamiert war, fast ein volles Jahr hindurch aus. Noch mehr, er klammerte sich auch mit einem höchst bedenklichen Mittel an dieses zu Unrecht erhaltene Mandat. In einem Schreiben an die Wahlprüfungskommission wies er nämlich darauf hin, daß sein Mandat vom Reichstage bereits für gültig erklärt sei!

Wenn der Reichstag erstmalig zusammentritt, dann nehmen die sieben Abteilungen des Reichstages eine formelle Prüfung der Mandate vor. Wahlen, gegen die ein Protest nicht vorliegt, oder bei denen Einwendungen nicht vorliegen, werden dann im Reichstage verlesen. Nach Ablauf der Einspruchsfrist sind dann diese Mandate ohne weiteres gültig, wenn kein Protest erhoben wird. Durch ein Versehen ist nun im Plenum des Reichstages auch der Name des Landrats v. Halem verlesen worden; dieser Irrtum ist dann am nächsten Tage berichtigt worden. Daraus leitet nun der gesetzkundige Landrat v. Halem her, daß seine Wahl keiner Nachprüfung unterliegen könne. Die Tatsache, daß innerhalb der Einspruchsfrist, also frist- und formgerecht, ein Protest gegen die Wahl eingelaufen ist, glaubte er durch ein Versehen des Reichstages als erledigt ansehen zu dürfen!

Dieser Vorfall steht in der parlamentarischen Geschichte ohne Beispiel da. Ein Abgeordneter, der genau weiß, daß er völlig zu Unrecht im Reichstage sitzt, klammert sich an eine reine Formalität, um sich das ihm gar nicht zustehende Mandat zu erhalten!

Gegen eine Stimme beschloß die Wahlprüfungskommission, dieses Schreiben des Landrats von Halem als unbeachtlich zu erklären. Einstimmig beschloß dann die Kommission, die Wahl für ungültig zu erklären.

Eine lange Debatte entspann sich dann über die Folgerungen, die sich aus diesem Beschluß ergeben. Daß nicht der Landrat von Halem, sondern der Rentier von Saß-Jaworski gewählt war, stand fest; die Polen und Sozialdemokraten, mit gewissen Einschränkungen zunächst auch die Nationalliberalen, vertraten den Standpunkt, daß nunmehr ohne eine neue Wahl der zweifellos gewählte Abg. von Saß-Jaworski einzuberufen sei. Dem traten die Vertreter des Zentrums, der Konservativen und der Fortschrittler entgegen. Zu einer Entscheidung über den Antrag kam es nicht, da die Polen ihren Antrag zurückzogen, um ihn im Plenum wieder einzubringen.

Daß der Reichstag dem einstimmig gefaßten Beschluß der Wahlprüfungskommission beitritt, steht fest, dann fliegt dieser preußische Landrat, dessen Aufgabe es ist, über die Achtung der Gesetze zu wachen, und der seine Gastrolle im Reichstage nur einer schamlosen Verletzung des Gesetzes, die eigentlich den Staatsanwalt lebhaft interessieren sollte, verdanken konnte. Die Getreuen der Gamp und Arendt verkrümeln sich immer mehr: Abg. Schröder ging zu den Nationalliberalen über, Abg. von Halem fliegt hinaus, und wenn der Frühling ins Land gezogen, dann wird auch der Reichsverbandsgeneral von Liebert dem Wallotbau den Rücken kehren müssen.

Wie wir hören, soll von Halem noch ehe der Reichstag selbst spricht auf das Mandat verzichten wollen, damit die Neuwahl, für die seine Kandidatur wieder aufgestellt werden soll, noch unter Benutzung der alten Wählerlisten erfolgen kann. Nach den Vorkommnissen bei der Januarwahl wundern wir uns über garnichts mehr. Leider bestimmt das Wahlgesetz, daß für solche Wahlen, die innerhalb eines Jahres nach den allgemeinen Wahlen notwendig werden, neue Wählerlisten nicht anzufertigen sind. Das hat selbstverständlich zur Folge, daß sämtliche Wahlberechtigten, die erst nach der Aufstellung der alten Listen in den Wahlkreis zogen oder durch das fortschreitende Alter wahlberechtigt wurden, von der Ausübung des Wahlrechtes ausgeschlossen sind. Schaden haben die Konservativen davon nicht, wohl aber die Parteien, die sich auf die beweglichere Arbeiterbevölkerung stützen. Es ist deshalb verständlich, wenn die Reaktionären das Wahlglück gern dadurch korrigieren, daß sie sich die Hilfe der alten Wahlliste.. zu sichern suchen. Schließlich ist dieses Verfahren in der Wirkung genau dasselbe, wie die direkte Wahlrechtsberaubung durch die ungültig gemachten Stimmzettel nach dem Schwetzer Patent Martini-von Halem.

Alle hakatistischen Mühen dieser Richtung wären unnütz, wenn der Reichstag den einzigen richtigen Beschluß faßte, den tatsächlich gewählten Abgeordneten von Saß-Jaworski zur Ausübung seines Mandats zu berufen.

Geschäftliches.

Geschäftsvergrößerung. Das Danziger Margarine-Spezialhaus „Hollando", Inh. Alexander Weichbrodt, hat eine bedeutende Erweiterung seines Hauptgeschäftes erfahren. Durch Hinzunahme des Eckladens, Ecke Häkergasse und Lawendelgasse ist das Geschäft nicht nur räumlich vergrößert, sondern auch mit seinen Schaufensterfronten nach zwei Straßen getreten und somit in eine bedeutend günstigere, exponierten Lage gebracht. Die Einrichtung ist modern und verspricht den Kunden des Hauses schnellere Bedienung.

Gestern nachmittag 4 Uhr entriß uns der unerbittliche Tod nach dreiwöchentlicher Krankheit meinen lieben Mann, unsern guten treusorgenden Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, den Malergehilfen

Wilhelm Lau

im 58. Lebensjahre. Er folgte seinem vor 3 Wochen verstorbenen Schwager.

Danzig, den 10. Dezember 1912.

Im Namen aller Hinterbliebenen

Die trauernde Witwe
Maria Lau geb. Neufeld.

Puppen,
Stoffgestelle, größtes Lager, von 30 ₰ an.

Puppen,
Ledergestelle, gelenkig und steif, von 50 ₰ an.

Puppen,
Kugelgelenk, in 3 Qualitäten von 75 ₰ an bis 3½ ℳ.

Puppen,
Babys, Schwimmwäsche.

Puppen,
gekleidete, entzückende Neuheiten

Puppen-
bälge mit Kopf 35, 50 ₰ bis 1,90 ℳ.

Puppen-
Dreh- und Kurbelköpfe, Biskuit, und Celluloid, Metall mehrere Qualitäten.

Puppen-
Haarperücken, solide, unerreichte Qualitäten aus garantiert reinem Mohairhaar von 75 ₰ an.

Puppen-
Flachsperücken, Scheitel, Hänge- und Kinderlocken.

Puppen-
Ersatzteile für Leder-, Stoff- und Gelenkgestelle

Puppen-
Strümpfe, Arme, Hände, Körper usw.

Puppen-
Schuhe und Strümpfe

Alles in größter Auswahl zu billigsten Preisen empfiehlt

Erste Thüringer Puppenklinik
Breitgasse Nr. 35.

Weihnachts-Angebot

Chaiselongue-Decken	9,60	6,25	5,25
Plüsch-Decken mit Fantasiebesatz	9,00	6,75	4,75
Tuch-Decken mit reicher Applikation	2,50	1,65	1,25
Axminster-Teppiche	10,00	6,00	4,75

Schlummer-Kissen
zweiseitig bezogen mit Pflanzensamen gefüllt 95 ₰

Gardinen
Serie I Serie II Serie III
nur 36 ₰ 50 ₰ 65 ₰

Barzahlung 4% Beachten Sie unsere Schaufenster. Barzahlung 4%

Ertmann & Perlewitz
Holzmarkt 23, 25, 26, Breitgassen-Ecke.

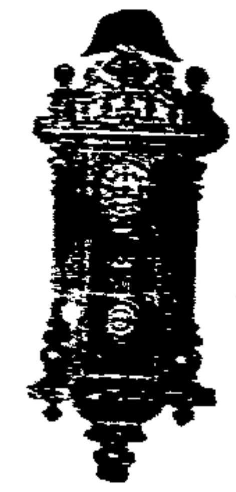
Es ist kein Geheimnis mehr
daß man Uhren und Goldwaren nirgends besser kauft als bei

S. Lewy Nachf.,
Breitgasse 28, Ecke Goldschmiedegasse.

Silberne Herren- und Damen-Uhren von 7,50 Mk. Goldene Damenuhren in hübscher Ausführung von 14,50 Mk. [illegible] mit neuen Dekorationen von 18 Mk. bis 100 Mk. Goldene Herrenuhren in großer Auswahl bis 300 Mk. vorrätig. Weckuhren von 1,75 Mk., Double-Ketten von 1,50 Mk. Schmucksachen in Gold, Silber und Double.

Reparaturpreise: 1 Uhr reinigen 1 Mk. 1 Feder 1 Mk., 1 Glas 15 Pfg. Zeiger 10 Pfg., Kapsel 30 Pfg.

Trauringe



Aufschlagen ausgeschlossen, von 2.– bis 60.–Mk. stets vorrätig.

Zum Fest empfehle
meine vorzüglichen, selbstgerösteten und feinschmeckenden Kaffees a Pfd. **1,50** bis **2,00** ℳ

Für den Weihnachtstisch:

Paranüsse	Pf. 70 ₰	Marzipan	Pf. 80 ₰
Walnüsse	Pf. 45 bis 50 ₰	Traubenrosinen	Pf. 80 ₰
Lambertnüsse	Pf. 50 ₰	Schalmandeln	Pf. 80 ₰
Zuckernüsse	Pf. 40 ₰	Baumlichte	Pack 25 ₰
Pfeffernüsse	Pf. 40 ₰	Apfelsinen Dtzd. 50 bis 60 ₰	
Riesen-Pfefferkuchen	30 ₰	Feinstes Kuchenmehl in	
Datteln	Pf. 40 ₰	5 Pf.-Beuteln	1,00 ℳ

sowie sämtl. anderen Kolonialwaren zu den billigsten Preisen.

Ferner bringe mein **grosses Lager in ff. Rum, Cognac, Arrac,** sowie **alle Sorten feiner und einfacher Liköre** in empfehlende Erinnerung.

Franz Bernar,
Danzig, Spendhausneug. 10-11.

Empfehle meine
feine Fleisch- und Wurstwaren
zu billigen Tagespreisen.
Jeden Freitag **warme Blut- und Leberwürstchen.**
Artur Stetzelberg
Fleischermeister
Langfuhr, Brunshöferweg 22.

Langfuhr Eschenweg 12,
ist eine **3 Zimmer-Wohnung** zu vermieten. Näh. b. J. Senftleben.

2 Zimmer, Entree, Küche, Gas, Keller, Boden u. Zubehör für 30 Mk. sofort zu verm. Hertastraße 9.

Nur in dringenden Fällen
wollen unsere verehrlichen Inserenten etwaige Anzeigentexte **telephonisch aufgeben** da w. [illegible] Fehler, die durch [illegible] Verstehen verursacht werden, keine Verantwortung übernehmen können.

Expedition der „Volkswacht".

Elegante Anzüge
nach Mass
38, 45, 50 bis 75 ℳ
Paletots u. Ulster
nach Mass
36, 42, 48 bis 70 ℳ
Nur gute Stoffqualität und prima Verarbeitung.
Spezialhaus
Louis Jsraelski
Kohlenmrkt 11.

Frdl. Wohnung
von Stube und Kabinett vom 1. Jan. z. verm. Breitgasse 29, 1 Tr.

Central-Theater
Elbings grösster u. schönster Kino
Nur Brückstrasse 15.

Neues Programm!
Von Montag bis Mittwoch als Hauptschlager
Nachts 2 Uhr
Sittendrama in 2 Akten.
Als zweiter Schlager
Die Angst vor der Zukunft
Drama aus dem Leben in 2 Akten.
Außerdem Humoreske und Naturaufnahmen als Einlagen.
Die Direktion.

Nur 14 Tage
15% Preisermässigung
auf Seiden-, Klapp-, Filzhüte, und Mützen, starke Hutmacher-Filzschuhe, Handarbeit, Hut-Reparaturen schnellstens **J. Rehefeld,** Hutfabrik, Breitgasse 27.

Drechslerarbeit
in Bau und Möbel w. b. u. gut ausgef. Langf. Mirchauerweg 35 II.

Eine f. n. **Trage** zu Transportzwecken steht billig zum Verkauf Marienwerder, Graudenzerstr. 26 I.

Stube, Küche, Zubehör, part., sofort zu verm. Holzgasse 10.

Eine sonnige
2-Zimmer-Wohnung
Gas und Zubehör vom 1. 1. 13 zu vermieten. Preis 22 Mk. Gr. Schwalbengasse 14, 3 Tr.

Frdl. Wohnung
für 13,50 Mk. zu vermieten. Katergasse 17. Zu erfr. 2 Trp.

Kleine Wohnung
zu vermieten. Johannisgasse 38.

Frdl. Wohnung
Stube, Kabinett, Küche, fortzugshalber sofort oder 1. 1. 13. zu verm. Töpfergasse 10, 3 Tr.

Hofwohnung,
Stube, Küche, Boden zu vermieten. Johannisgasse 62, pt.

Stube, Kabinett, Küche u. Zubehör
zu verm. Langgarten 48–50.

Katergasse 7
Wohnung zum 1. 1. 13 zu verm.

3 Zimmerwohnung
für 22 Mk. fortzugshalber vom 1. Januar 1913 zu vermieten. Langf. Eschenweg 15, Rastalp.

Weihnachtsbäume
und vorzüglich gutschmeckende gelbe und blaue
Eßkartoffeln
hat zu verkaufen
Heinrich Perschon
Elbing, Angerstraße 97.